

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1870 bis 1945

Band 8

Das Märchen von Einigkeit, Recht und Freiheit ...

Band 8/112

Der "Frieden" von Versailles

Das meiste auf das wir aus waren, ist uns zugefallen. Die deutschen Kriegsschiffe sind ausgeliefert, die deutschen Handelsschiffe sind abgeliefert, die deutschen Kolonien haben aufgehört zu sein, der eine unserer Hauptbewerber im Handel ist zum Krüppel geschlagen.
David Lloyd George (1863-1945, englischer Politiker)

"Friedensverhandlungen"

Der französische Marschall Ferdinand Foch (1851-1929, Oberbefehlshaber der alliierten Heere, schrieb am 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der alliierten Mächte (x243/12): >>Deutschland bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung, eine furchtbare Bedrohung für die Zivilisation. ...

Die Natur hat nur eine Schranke über den Weg des einbrechenden Feindes gezogen: den Rhein. Er muß ... schon im Frieden besetzt und befestigt werden. ...<<

Am 18. Januar 1919 wurden in Paris die "Friedensverhandlungen" für den Ersten Weltkrieg eröffnet. An den Verhandlungen, die von Januar bis April 1919 geführt wurden, nahmen zwar die Vertreter aus 27 Siegermächten teil, aber die Entscheidungen fällt schließlich nur der "Rat der Großen Vier" (der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George, US-Präsident Thomas W. Wilson und der italienische Ministerpräsident Vittorio E. Orlando) bzw. der "Rat der Großen Drei" (ohne Orlando). Die besiegten Staaten der "Mittelmächte" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien) und Sowjet-Rußland schloß man von allen Verhandlungen aus.

Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. ...<<

Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x069/122, x320/19): >>... Dahin waren die Tage von Utrecht und Wien, wo aristokratische Staatsmänner und Diplomaten, Sieger und Besiegte ohne Unterschied in höflicher und höfischer Disputation zusammenkamen, um fern und frei vom Lärm und sprachverwirrenden Geschrei der Demokratie die starken Systeme neu zu schaffen, über deren Grundlage sie alle eines Sinnes waren.

Diesmal umstanden die Völker in vielen Millionen den Konferenztisch und verlangten volle und ungeschmälerte Vergeltung. Wehe den Führern, wenn sie auf der schwindelnden Höhe des Triumphs am Verhandlungstisch verspielten, was die Soldaten auf hundert blutgetränkten Schlachtfeldern gewonnen hatten! ...<<

>>... Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so bösartig und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten.<<

Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen.<<

Ein nordamerikanischer Konferenzteilnehmer berichtete später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x243/12): >>Der Präsident (Wilson) hatte die Ärmel hochgekrempt. Es gab keinen, dem er Vertrauen durfte. ... Als erstes begann er ein zähes Ringen um die Minderung der französischen Forderungen nach dem linken Rheinufer, einer rheinischen Republik und nach den Kohlengruben der Saar.

Keiner dieser Ansprüche ließ sich mit der in den Vierzehn Punkten enthaltenen Zusicherung von der Selbstbestimmung in Einklang bringen. Ende März gipfelte die Konferenz in einem persönlichen Streit mit Clemenceau. ...

(Nach einer Erkrankung Wilsons, 10 Tage später).

Er (Wilson) bewilligt Frankreich die Saar und das linke Rheinufer. ... Er stimmt der Forderung nach unbegrenzten Reparationszahlungen Deutschlands zu. ...

In den Staaten sind die Mitglieder des Senats und ... (das) Komitee für auswärtige Fragen empört, weil niemand daran gedacht hatte, ihnen den offiziellen Wortlaut (des Vertrages) zugehen zu lassen. Sie müssen die Einzelheiten aus den Zeitungen entnehmen. Die weiterblickenden Amerikaner in Paris nehmen den Vertrag beinahe mit der gleichen Bestürzung auf wie die Deutschen. ...<<

Durch die nordamerikanische Intervention in Westeuropa und nach der bolschewistischen Revolution in Osteuropa wurde spätestens im Jahre 1917 ein neues Zeitalter der Ideologien eröffnet: "Mission gegen Mission" - "Macht gegen Macht".

Nordamerika war zwar schon seit der Jahrhundertwende eine Wirtschafts- und Militärweltmacht, aber politisch waren die Vereinigten Staaten von Amerika alles andere als eine Supermacht. Im Jahre 1909 verfügte das US-Außenministerium lediglich über 35 Beamte, die mit den äußerst schwierigen europäischen Verhältnissen meistens überhaupt nicht vertraut waren (x041/178).

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über US-Präsident Wilson (x340/112): >>... Manchen der führenden deutschen Verantwortlichen dürfte bekannt gewesen sein, daß US-Präsident nichts anderes war als ein willfähriger Interessenvertreter der Wall-Street-Banken, besonders aber von J. P. Morgan.

Schon 1912 hatte der Geldadel Wilsons Wahlkampfhauptquartier gestellt; mehr als zwei Drittel seiner Wahlkampfmittel stammten direkt von den Finanziers der Wall Street.

Man hatte sicherheitshalber dafür gesorgt, daß sich Wilson als Graue Eminenz den Vertrauensmann der Banker und überzeugten Deutschenfeind Edward Mandel House als erste Hand zur Seite stellte. "Colonel" House kontrollierte jeden Schritt Wilsons, so daß die Regierungsgewalt in Amerika Zug um Zug in die Hände der Investmentbanker um J. P. Morgan fiel.

Für diese Leute wäre ein 1918 durchaus möglicher Ausgleichsfrieden zwischen Deutschland und den Alliierten gleichbedeutend mit dem eigenen Ruin gewesen. ...

Deutschland wäre in diesem Fall zwar wirtschaftlich geschwächt gewesen, England aber bankrott und die amerikanische Wirtschaft in einer Depression; ganz davon abgesehen, daß Deutschland seine der angloamerikanischen Elite verhaßte Führungsposition in Europa behalten hätte. Genau darum ging es! Man wollte ungestört herrschen und Geschäfte machen.

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger bestätigte in der *Welt am Sonntag* vom 13. November 1994: "Letztlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eine dominante Rolle Deutschlands zu verhindern." ...<<

Der damalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti (1868-1953) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Pariser Vorortverträge" (x051/436): >>Pariser Vorortverträge, die Friedensverträge, die den Ersten Weltkrieg beendeten, ausgehandelt auf der am 18.1.19 eröffneten Friedenskonferenz in Paris (Teilnehmer 27 alliierte und mit diesen assoziierte Staaten) und unterzeichnet in verschiedenen Pariser Vororten: der Vertrag mit dem Deutschen Reich am 28.6.19 in Versailles (Versailler Vertrag), der mit Österreich am 10.9.19 in Saint-Germain-en-Laye, mit Bulgarien am 27.11.19 in Neuilly-sur-Seine, mit Ungarn am 4.6.20 im Palais "Grand Trianon" (in Versailles) und mit der Türkei am 10.8.20 in Sèvres.

Österreich mußte u.a. Südtirol, Istrien und Triest an Italien, Dalmatien, Teile von Kärnten und Krain an Jugoslawien abtreten, die Selbständigkeit Ungarns, der Tschechoslowakei, Polens und Jugoslawiens anerkennen; der Anschluß an das Deutsche Reich wurde verboten. Auch Ungarn, Bulgarien und v.a. die Türkei verloren Gebiete.

Neben Rüstungsbeschränkungen für die genannten Staaten enthielten die Pariser Vorortverträge Bestimmungen über die Gründung des Völkerbundes, die Leistung von Reparationen und die Strafverfolgung der sogenannten Kriegsverbrecher.

Die USA, die die Pariser Vorortverträge nicht ratifizierten, schlossen später mit dem Deutschen Reich (1921), Österreich (1921), Ungarn (1921) und der Türkei (1923) gesonderte Friedensverträge.<<

Der deutsche Historiker Jost Dülffer schrieb später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x106/7): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg fing es an, und Georg Kennans Kennzeichnung, er sei die "Urkatastrophe" unseres Jahrhunderts gewesen, trifft den Kern. Hier entluden sich lange aufgestaute innergesellschaftliche Spannungen und zwischenstaatliche Konflikte in einem neuartigen Massenmorden. Er wurde aber auch deswegen als "Krieg, der alle Kriege beenden sollte" (H. G. Wells) proklamiert, und genau das erwies sich als schwierig.

Gewiß gingen die Friedensmacher nach Kriegsende mit der Absicht ans Werk, eine dauerhafte Weltordnung zu schaffen. Aber sie scheiterten damit in längerer Sicht.

Der Keim dazu, der den Zweiten Weltkrieg brachte, war in der Saat des Friedensvertrages von Versailles 1919 bereits enthalten. Man hat den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, den britischen Premierminister David Lloyd George und den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau heftig gescholten, hat gesagt, ihnen sei die Kunst des Friedensschlusses abhanden gekommen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x068/195-196): >>... Mündliche Auseinandersetzungen wurden den Deutschen verweigert, ihre schriftlichen Gegenvorschläge weitgehend abgelehnt. Wilson hatte wenigstens Verhandlungen im vollen Licht der Öffentlichkeit zugesagt – gleich der erste seiner 14 Punkte. ...

Entschieden aber wurde im geheimen Komitee der fünf Großmächte, gewöhnlich durch ihre Regierungschefs und Außenminister. Als sich Japan zurückzog, konferierten im Rat der Vier nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando, wobei die letzten Entscheidungen zwischen Wilson und Clemenceau gefällt worden sind. ...

Zwar verhinderte Wilson Deutschlands Zerstückelung durch Etablierung eines linksrheinischen Pufferstaates (womit der lebenslange Opportunist Konrad Adenauer durchaus einver-

standen war); doch auch Lloyd George verwarf, wie Wilson, die von Frankreich geforderte Abspaltung einer "Rheinischen Republik". Beide wollten unter keinen Umständen eine weitere Verstärkung Frankreichs, sondern Deutschland als Gegenspieler auf dem Kontinent.

Im übrigen aber machte Wilson Franzosen und Briten eine Konzession nach der anderen. Er war mit der Beschlagnahme des deutschen Auslandsguthabens (rund 10 Milliarden Goldmark) ebenso einverstanden wie mit der Überführung der saarländischen Kohlenbergwerke in französisches Eigentum. Und er billigte auch die Ausdehnung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtung von den zivilen Schäden auf alle Kriegskosten, was die dem Waffenstillstand vorangegangenen Vereinbarungen eindeutig verletzte.

Überhaupt hielt Wilson den Vertrag von Versailles zwar für hart, doch für gerecht. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig preisgegeben. Millionen Deutsche – kamen gegen ihren Willen – unter französische, tschechische, polnische Herrschaft. ...<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Wilsons Friedensangebote und die Versailler Friedensverhandlungen (x320/17-18): >>**Die Konferenz**

Es kommt zum Waffenstillstand und der Konferenz von Versailles, die in fataler Weise Geschichte schreiben wird. Die Versammlung leitet der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der die 14 Wilson-Punkte nicht anerkennt und die deutsche und die österreichische Konferenzdelegation von den Verhandlungen ausschließt. So verhandeln Briten, Franzosen, Amerikaner, Belgier, Polen und weitere 22 Siegerstaaten geschlossen unter sich. Sie beschließen die Abtrennung deutscher Gebiete und die Geld- und Sachreparationen, die Deutschland an sie abtreten, zahlen oder leisten soll. Sie legen die nach Versailles benannte Nachkriegsordnung für Europa zu alleinigen Lasten der Besiegten fest.

Am 7. Mai 1919 werden die von den 27 Siegerstaaten festgelegten Bedingungen erstmals der deutschen Delegation eröffnet. Clemenceau überreicht sie mit den Worten: "Die Stunde der Abrechnung ist da." Die Bitte der deutschen Delegation, den "Vertrag", den sie nun unterschreiben soll, vorher verhandeln zu können, wird abgelehnt. Um dem Ausmaß ihrer Forderungen den Anschein von Berechtigung zu geben, versteigen sich die Sieger darauf, Deutschland und seinen Kriegsverbündeten die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zuzuschreiben.

Der Vertrag verlangt von Deutschland eine große Zahl an Land- und Bevölkerungsabtretungen: das zu 88 Prozent deutschsprachige Elsaß-Lothringen an Frankreich, die Provinzen Posen, fast das ganze, zu 70 Prozent deutschsprachige Westpreußen und das oberschlesische Industriegebiet an Polen, das Memelgebiet an den Völkerbund, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, Nordschleswig an Dänemark, das Gebiet um die Städte Eupen und Malmédy an Belgien sowie Danzig und Umland als Freistaat unter die Hoheit des Völkerbundes. Der Vertrag stellt außerdem das Saargebiet für 15 Jahre unter Frankreichs Herrschaft.

Mehr als die Landverluste schmerzen die erzwungenen Bevölkerungsabtretungen. Die Ausgliederung von sieben Millionen Menschen aus dem Deutschen Reich und die Grenzen neuer Staaten trennen Millionen von Familien auf unbestimmte Dauer. Mit dem Vertrag verliert Deutschland seine Kolonien, zumeist an England. Die Streitkräfte werden auf 100.000 Mann im Heer und 15.000 in der Marine reduziert. Das Deutsche Reich muß den größten Teil der Handelsflotte und seiner Goldreserven an die Sieger übergeben, dazu einen Großteil seiner jährlichen Eisenerz- und Kohleförderung, Unmengen von Nutzvieh sowie Landwirtschaftsmaschinen, 150.000 Eisenbahnwaggons und viele tausend Lokomotiven und Lastkraftwagen. Das gesamte private Auslandsvermögen und unzählige Industriepatente werden konfisziert. Die Geldzahlungen sind exorbitant und über 70 Jahre zu begleichen.

Deutschland wird diese, wie sich später zeigen wird, nie in voller Höhe zahlen können. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in

Rom) berichtete später über die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen des deutschen Politikers Matthias Erzberger (x878/...): >>"Matthias Erzberger (1875-1921). Außenpolitiker und Reichsfinanzminister"

... Hatte doch US-Präsident Wilson im letzten seiner 14 Punkte zum Friedensprogramm vom 8. Januar 1918 die Errichtung eines Völkerbundes gefordert. ...

Es kam anders, wie man im Nachhinein weiß. Die Alliierten hörten niemand an und ließen keinerlei Argumente gelten. Der Waffenstillstand, dem - um das zu wiederholen, die Oberste Heeresleitung zustimmte, um dann den Anschein zu erwecken, als hätte sie mit der Sache nichts zu tun - hatte aus der Sicht der Alliierten vor allem den Zweck, ein deutsches Aufbegehren, einen erneuten Widerstand nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen zu verhindern. Das wurde mit dem Waffenstillstand ohne Kompromisse durchgesetzt. Wieder hatte man das Beispiel Frankreich vor Augen, wo nach der Niederlage Napoleons III 1870 die junge französische Republik den militärischen Widerstand neu organisierte und kraftvoll wieder aufnahm. Deutschland hingegen wurde nach 1918 völlig wehrlos gemacht.

Diese Vorgeschichte muß kennen, wer die Rolle Erzbergers als treibende Kraft für die Annahme der Versailler Friedensbedingungen verstehen will. Erzberger hatte in Compiègne schmerzlich erfahren müssen, daß die Entente-Mächte keinerlei echte Verhandlungen zuließen. Der Waffenstillstand war ein einseitiges Diktat. Beim Versailler Frieden war es genauso. Die deutsche Delegation, die zu Verhandlungen erst gar nicht zugelassen wurde, wurde außerhalb von Versailles festgehalten und festgesetzt - hinter Stacheldraht! Erzberger hatte in Compiègne eine entscheidende Erfahrung mit der Entente gemacht. Die Entente war nicht bereit, Deutschland einen maßvollen Frieden zu gewähren, wie etwa Frankreich 1815.

Ein maßvoller Frieden wäre theoretisch die eine Möglichkeit gewesen. Aber Deutschland, das im Krieg 4 Jahre lang gegen den Rest Europas standgehalten hatte und erst durch das Eintreten der außereuropäischen Macht USA niedergerungen werden konnte, war schlicht zu mächtig. Das europäische Gleichgewicht war nachhaltig gestört. Dieses geballte Potential mitten in Europa mußte aus Sicht der Entente-Mächte (und Rußlands bis 1917) irgendwie entschärft, der Kraftklotz gebändigt werden. Ein Verständigungsfrieden hätte aus Sicht der Entente tendenziell eine deutsche Hegemonie in Europa bedeutet. Das wollten weder Frankreich noch England - unter gar keinen Umständen.

Die andere Möglichkeit war, Deutschland so zu schwächen, daß es auf absehbare Zeit kein entscheidender Machtfaktor mehr werden konnte. Das konnte am besten durch eine Teilung des Deutschen Reiches erreicht werden, das ja erst knapp ein halbes Jahrhundert zuvor geschaffen worden war. Die Teilung war die politische Logik, eigentlich Notwendigkeit, wenn ein Verständigungsfrieden nicht möglich war. Das hat mit politischer Moral, angeblicher Bösartigkeit der Deutschen, Kriegslüsternheit und Militarismus, deutscher Kriegsschuld etc. überhaupt nichts zu tun.

Wie wir heute wissen, gab es solche Teilungspläne bei den Entente-Mächten. (Verwirklicht wurden sie dann nach dem 2. Weltkrieg mit dem insgeheimen Einverständnis der europäischen Mächte. Man denke nur an den Widerstand von Frau Thatcher und anderer gegen die Wiedervereinigung 1990!) ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 17.01.2009) über die Pariser Friedenskonferenz (x887/...): >>"Keim des Zweiten Weltkriegs"

Vor 90 Jahren begann die Pariser Friedenskonferenz

Nachdem die Mittelmächte im November 1918 ihre Kriegsgegner um Waffenstillstand und Frieden gebeten hatten, trat am 18. Januar 1919 in Paris eine Friedenskonferenz zusammen. 32 Staaten, die sich als Sieger fühlten, kamen zusammen, um ihre Forderungen nach Reparationen und wohl auch Kriegsbeute gegen die unglücklichen Verlierer zu beraten. Die Verliererstaaten, Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, waren zu den Be-

ratungen nicht zugelassen, weswegen man auch von einer Konferenz der Siegermächte statt von einer Friedenskonferenz sprechen könnte.

Die Ergebnisse sollten den Verlierern später diktiert werden. Friedensdiktate sind für den Sieger immer etwas Schönes. Allerdings sind sie historisch betrachtet auch wieder unbequem, weil demaskierend. Sie decken nämlich für die Nachwelt ungeschminkt die Kriegsziele auf - auch solche, die politisch unklug oder gar völkerrechtswidrig waren. Die wichtigsten waren damals:

1. Die Zerschlagung Deutschlands als Wirtschaftsmacht. Von Spitzentechnologie über die Schwerindustrie bis zu den Kuckucksuhren sollten die ungeliebten deutschen Konkurrenten verschwinden.
2. Die Ausschaltung der deutschen Dominanz auf dem europäischen Festland.
3. Territoriale Veränderungen und Einlösung der Versprechen an die Vasallen und Helfer. Hierzu war die Zerschlagung der Türkei und Österreich-Ungarns vorgesehen.
4. Die Auslieferung von 859 angeblichen Kriegsverbrechern, darunter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Kaiser Wilhelm II. höchstselbst.
5. Schließlich sollte das besiegte Deutschland auch noch seine alleinige Kriegsschuld anerkennen.

Daneben standen noch die Einzelinteressen der "Siegermächte".

Großbritannien wollte die deutsche Handels- und Kriegsflotte liquidieren. Es wollte allerdings auch keinesfalls eine französische gegen die so mühsam beseitigte deutsche Festlandsdominanz eintauschen. Die britischen Kriegsschulden in den USA wollte man auf Deutschland abwälzen.

Frankreich stand hier im Gegensatz zu Großbritannien, weil es genau die 1814/1815 beziehungsweise 1871 verlorene Festlandsdominanz zurückerwerben wollte. Gleich England wollte man die französischen Kriegsschulden in den USA an Deutschland "weiterreichen". ...

Einigkeit konnten die Alliierten bald über die finanziellen Forderungen erzielen. Die Summe der Forderungen wurde immer weiter angehoben, um alle zu befriedigen.<<

Bekanntgabe der "Friedensbedingungen"

Ende April 1919 empfing Clemenceau die deutsche Friedensdelegation erstmals im Verhandlungssaal in Versailles (x073/69): >>Meine Herren Delegierte des Deutschen Reiches!

Es ist hier weder der Ort noch die Stunde für überflüssige Worte. Sie haben vor sich die Versammlung der Bevollmächtigten der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den fürchterlichsten Krieg auszufechten, der ihnen aufgezwungen worden ist.

Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. ... (Wir sind aber einmütig entschlossen), sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete berechnete Genugtuung zu erlangen. ...<<

Am 7. Mai 1919 übergab Clemenceau den deutschen Bevollmächtigten das 455 Seiten umfassende Vertragswerk der Pariser Friedenskonferenz zur Prüfung (x069/119): >>Die Stunde der Abrechnung ist gekommen. Sie haben uns den Krieg aufgezwungen - wir werden dafür sorgen, daß kein zweiter Krieg mehr entstehen kann. ...<<

Der deutsche Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869-1928, von Ende 1922-28 Botschafter in Moskau), Sprecher der deutschen Delegation, antwortete daraufhin (x069/119): >>Wir wissen, daß die Macht der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen das Übermaß des Hasses, der uns entgegenspringt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Mund eine Lüge.

Wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidi-

gungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Personen der Tragödie zu Wort kommen, der alle Archive geöffnet werden.<<

Reichsminister Erzberger erklärte am 9. Mai 1919 (x069/119): >>... Mit dem Revolver kann man von mir das Versprechen erzwingen, auf den Mond zu klettern. Deshalb fühle ich mich nicht verpflichtet, es auch zu tun.<<

Während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung lehnte die SPD-Fraktion am 12. Mai 1919 die Friedensbedingungen als unannehmbar ab.

Ministerpräsident Scheidemann erklärte im Namen der deutschen Reichsregierung (x092/-780): >>Der Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch einen Bruch ertragen, ohne daß aus ... allen Ländern der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" veröffentlichte später (am 28. Juni 2009) den vollständigen Text der Rede, die der Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) als "Erklärung der Regierung über die Friedensbedingungen" vor der 39. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung in der Neuen Aula der Universität Berlin am 12. Mai 1919 hielt. In den Protokollen der Nationalversammlung trägt jene Sitzung den Namen "Kundgebung gegen den Gewaltfrieden": >>**Dieser Vertrag ist unannehmbar!"**

von Philipp Scheidemann

Meine Damen und Herren! Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkte im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen.

In fremden Räumen, in einem Notquartier, in dem wir allerdings soeben herzlich willkommen geheißen wurden, hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist.

Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die, wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird, zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen! (*Lebhaftes Bravo!*)

Wir müssen beieinander bleiben. (*Erneuter lebhafter Beifall*) Wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. (*Wiederholter stürmischer Beifall*) Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere höchste Pflicht.

Wir jagen keinen nationalistischen Traumbildern nach; keine Prestigefrage und kein Macht-hunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt.

"Dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden!"

Lassen Sie mich ganz ohne taktisches Erwägen reden: was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungenweisend), in dem hundert Absätze beginnen: "Deutschland verzichtet - verzichtet - verzichtet", dieser schauerliche und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll (*sehr wahr!*) - dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch

der Zukunft werden! (*Stürmischer Beifall*)

Ich habe die zuerst uns übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson. Darauf will ich heute verzichten. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie Lästerung vor, das Wilson-Programm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstands, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen! (*Lebhafte Zustimmung*)

Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. (*Sehr wahr!*) Die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren. Welcher Name ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengräben, in verwaisten Familien, bei Verzweifelten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden als der Name Wilson?

Heute verbleicht das Bild des Friedensbringers - wie die Welt ihn sah und hoffte - hinter der finsternen Gestalt der Kerkermeister, an deren einen, an Clemenceau, dieser Tage ein Franzose schrieb: Die wilde Bestie ist bei Wasser und Brot in den Käfig gesteckt und geprügelt worden. Man hat ihr aber noch die Zähne gelassen und kaum die Krallen beschnitten. (*Rufe: Pfui!*)

Meine Damen und Herren! Überall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere armen Brüder in der Gefangenschaft werktätige Liebe wachrufen will: traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern.

Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag (*lebhafteste Zustimmung*); das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! Sechzig Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern, sechzig Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenenlager machen!

Ich kann Ihnen aus dem unglaublich feinen Gitterwerk, mit dem uns Luft und Licht, mit dem uns jeder Ausblick auf Erlösung verhängt und versagt werden soll, - ich kann Ihnen aus diesem Gitterwerk nicht jedes Stäbchen vorführen. Bei genauerem Zusehen entdeckt man immer wieder eine Schlinge, in der sich die Hand verfängt, die sich in die Freiheit hinausstrecken will. Sie haben nichts vergessen und wohl nur hinzugelernt, was Vernichtung, was Zerstörung heißt.

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!

Lassen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen: Deutschland wird, wenn die Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden; alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen und Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder ähnliches, - alles, alles verschwindet! Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren!

Aber das genügt noch nicht: Deutschland hat Kabel - sie werden ihm weggenommen. Deutschland hat Funkstationen - drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages dürfen diese Stationen nur noch Handelstelegramme versenden und nur unter Kontrolle der Alliierten! Also heraus aus der Außenwelt und Abschneidung von der Außenwelt! Denn was für Geschäfte zu machen sind unter der Kontrolle des Konkurrenten oder Vertragsgegners, das braucht nicht ausgemalt zu werden.

"Deutschland aus der Welt wegzuradiieren"

Aber noch lange nicht genug: es könnte doch noch eine deutsche Beziehung zum Ausland bestehen. Also bestimmte der Rat der Vier: "Verträge zwischen Feinden gelten als aufgehoben ..., ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Regierung der alliierten oder assoziierten Mächte zugunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt."

Wie sagt Wilson so zutreffend: "Der erste Grundsatz des Friedens selbst ist Gleichheit und

gleiche Teilnahme am gemeinsamen Vorteil!"

O, ein Grundsatz, den die Entente bis ins kleinste verwirklicht sehen will; denn den Schlußpunkt unter die ihr genehme Art, Deutschland aus der Welt wegzuradiieren, setzt sie durch diese Bestimmungen: "Kriegsmaßnahmen Deutschlands in bezug auf die Liquidation feindlichen Eigentums sind sofort einzustellen oder wiedergutzumachen."

Hingegen behalten sich die alliierten und assoziierten Regierungen das Recht vor, alles Eigentum, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger auf ihrem Gebiet zurückzubehalten und zu liquidieren. (*Hört! Hört!*)

Das ist das Kerkerbild nach der einen Seite, dem Ausland zu: ohne Schiffe - denn unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über -, ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren, für Kohle, pharmazeutische Artikel und so weiter, - ich frage Sie: Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als Deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? (*Lebhafter Beifall*) Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten? Den Handel im Ausland, die einstige Quelle unseres Wohlstandes, zerschlägt man und macht man uns unmöglich.

Und im Inland? Die lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Polens und Westpreußens, alles soll außerhalb unserer Grenzen liegen, um die wir keinen höheren Zollschatz ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner ganz nach Belieben und ganz zu unserer Erdrosselung.

Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte, in erster Reihe Bezahlungen für die Verzollungen zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, alles ein Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer festgesetzt werden. Wie, das hat Frankreich ahnen lassen, das uns die im Saarbecken geförderte Kohle mit 40 Mark pro Tonne zahlte und sie im eigenen Land und nach der Schweiz mit 100 Francs verkauft hat. (*Hört! Hört!*)

Ich will Ihnen nicht alle die großen und kleinen Schlingen nachweisen, in deren Gesamtheit sich ein großes Volk zu Tode verstricken soll, getreu dem Worte der Times: "Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden." (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Pfui!*)

Was soll ein Volk machen, dem das Gebot auferlegt wird: "Deutschland ist für alle Verluste, alle Schäden, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationen infolge des Krieges erlitten, verantwortlich."

Was soll ein Volk machen, das bei Festsetzung seiner Verpflichtungen nicht mitreden darf, sondern dem man billig Gelegenheit gibt, sich zu äußern, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde? Auf dessen eigene Bedürfnisse kein Mensch Rücksicht nimmt und dessen Ansprüche man mit der Handbewegung wegstreicht: "Deutschland verpflichtet sich, keiner der alliierten und assoziierten Regierungen direkt und indirekt irgendwelche Geldforderung für irgendwelches Ereignis, das vor Inkraftsetzung dieses Vertrages fällt, vorzulegen."

Und weil vielleicht all dieses Maß von Fesselung und Demütigung und Ausraubung noch nicht ausreicht, um jede günstige Vernichtungsmöglichkeit in Zukunft auszunützen, schließlich und endlich offen den Fuß in den Nacken und den Daumen aufs Aug', - offen die erbärmliche Versklavung für Kind und Kindeskind: "Deutschland verpflichtet sich, alle Akte der Gesetzgebung, alle Bestimmungen und Verordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten

Festsetzungen zu sichern." (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört!*)

Und nun genug! Übergenuß!

Das, meine Damen und Herren, sind einige Beispiele der Vertragsbestimmungen, bei deren Festsetzung, wie Herr Clemenceau gestern unserer Delegation mitteilte, die Entente sich ständig von den Grundsätzen habe leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Zurufe*)

"Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe"

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

Wir haben Gegenvorschläge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen, mit Ihrem Einverständnis, unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar! (*Minutenlanger brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. - Die Versammlung erhebt sich. - Erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen.*)

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! (*Lebhafte Zustimmung*)

Da und dort regt sich schon die Einsicht und die gemeinsame Menschheitsverpflichtung. In den neutralen Ländern, in Italien und England, vor allem auch - und das ist uns ein Trost in diesem letzten furchtbarsten Aufblodern chauvinistischer Gewaltpolitik -, vor allem auch im sozialistischen Frankreich werden die Stimmen laut, an denen die Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morden messen werden.

Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht, ich danke vor allem und erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbniß der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt. (*Stürmische Bravo und Händeklatschen*) Brüder in Deutsch-Österreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen: wir grüßen euch, wir danken euch, und wir halten zu euch! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)

Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht dicht genug geflochten, noch nicht eng, noch nicht martervoll genug ist, der Käfig, in welchen das "deutsche Tier" gesperrt werden soll. Wir kennen unsern Weg. Über diese Bedingungen darf er nicht führen! Es hieße, nicht an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern (*Lebhafte Zustimmung*), wenn wir anders denken und fühlen wollten. (*Beifall*)

Stehen Sie uns bei bei der Anbahnung der Verhandlungen, lassen Sie niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie eins mit uns sind, das ganze Volk ein Wächter vor der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde!

Ein einiges Volk vermag viel, ganz besonders, wenn es, wie wir heute, nicht für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestiert, daß Haß verewigt, daß Fluch für immer verankert werde! Ihnen, den Mitgliedern der Deutschen Nationalversammlung, gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben! Bewahret sie!

Würde dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so wäre es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegenbliebe. Daneben würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! (*Lebhafte Zustimmung*)

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre

lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger, die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

"Das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk"

Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns ein harter sein wird. Wir weichen nicht um Fadensbreite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugesagt haben, was wir ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, der uns das Leben als unser einziges Kapital zur Arbeit und zur Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen. (*Lebhafte Beifall und Zustimmung*) Solchem Vertrag unsere Unterschrift! Seinen Bestimmungen unsere Treue! Seinen Auflagen all unsere Kraft und Arbeit!

Nicht der Krieg, sondern dieser harte, kasteiende Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk sein! (*Lebhafte Zustimmung*) Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Durch ihn können wir den berechtigten Forderungen unserer Gegner gerecht werden, durch ihn allein aber auch unser Volk wieder zu völliger Gesundheit führen. Wir müssen von der Niederlage und den Krankheiten der Niederlage gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges!

Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über all den Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung.

Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schauernd von dem jahrelangen Mord.

Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)<<

Konstantin Fehrenbach (1852-1926, Zentrumspolitiker, 1920/21 deutscher Reichskanzler) erklärte am 12. Mai 1919 während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung (x063/527): >>... Wir hatten einen Frieden erhofft der Völkerbündnisse und der Völkervereinigung. Das ist keine Einleitung eines solchen Friedens, das ist die Verewigung des Krieges. Wenn die Feinde es mit ihren Kindern und Enkeln gut meinen, dann besinnen sie sich noch einmal!<<

US-Attaché William Bullitt (1891-1967), der ebenfalls vorzeitig die Pariser Verhandlungen verließ, schrieb am 26. Mai 1919 an den nordamerikanischen Präsidenten (x063/526): >>... Ich bin einer von den Millionen, die ihrer Führung blindlings vertrauten und glaubten, Sie würden wirklich auf einem "dauerhaften, auf selbstloser, vorurteilsfreier Gerechtigkeit begründeten Frieden" bestehen.

Aber jetzt hat die Regierung eingewilligt, die leidenden Völker der Welt neuem Zwang, neuer Bedrückung und Aufteilung zu überantworten - einem neuen Jahrhundert des Krieges. Das Unrecht in Schantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig und dem Saarland und die Aufgabe des Grundsatzes der Freiheit der Meere machen neue internationale Konflikte zur Gewißheit. ...

Ich bedauere es, daß sie unseren Kampf nicht zu Ende kämpften und daß Sie so wenig Vertrauen zu den Millionen aller Völker hatten, die Ihnen, wie ich, ihr ganzes Vertrauen schenken.<<

Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigerte, forderten die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimativ die bedingungslose Anerkennung (innerhalb von 5 Tagen) und drohten mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.

In dieser Note der Siegermächte vom 16. Juni 1919 hieß es (x056/315, x243/10): >>... Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die

Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben getrachtet, ... ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten. ...

Sie haben ... beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen. Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb (von) 48 Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege ... wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden und würde den allgemeinen Krieg entfesseln. ... (Sie haben) sich jedem Versuche der Versöhnung und Beratung entzogen, bis es zu spät war; und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, ... den sie angezettelt hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ... vorbereitet war. ...<<

>>... Deshalb haben die alliierten ... Mächte nachdrücklichst erklärt, Deutschland müsse als grundlegende Bedingung des Vertrags ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit unternehmen; ist doch die Wiedergutmachung des Unrechts, das man verursacht hat, das eigentliche Wesen der Gerechtigkeit. ...<<

Da der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sowie alle DDP-Minister die Anerkennung der ungerechten Friedensbedingungen entschieden ablehnten, trat die deutsche Reichsregierung am 20. Juni 1919 zurück. Reichspräsident Ebert blieb trotz seiner ablehnenden Haltung im Amt. Die SPD-Fraktion beschloß danach am 20. Juni 1919, die Versailler Friedensbedingungen anzunehmen.

Die Mehrheit der Nationalversammlung war am 22. Juni 1919 unter Vorbehalten (Kriegsschuldfrage und Auslieferung von Deutschen an die Siegermächte) bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. DNVP, DVP und die meisten DDP-Abgeordneten lehnten den Friedensvertrag ab (x149/38). Das Abstimmungsergebnis lautete schließlich am 22. Juni 1919: 237 Ja-, 138 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen (x034/55).

Vor der entscheidenden Abstimmung der deutschen Nationalversammlung erklärte Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944) am 22. Juni 1919 (x191/31): >>... Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewußtsein, daß es unsere verdamnte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist. ...

Wenn die Regierung unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzlicher Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen.<<

Die Nationalversammlung bestätigte am 9. Juli 1919 mit 208 gegen 115 Stimmen (DNVP, DVP und die Mehrheit der DDP) die Versailler Friedensbedingungen. Die Urkunde wurde danach von Reichspräsident Ebert unterzeichnet und nach Paris geschickt.

Abgeordnete der Zentrumsfraktion rechtfertigten am 9. Juli 1919 die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles (x149/38): >>... Es geschieht nicht aus freiem Willen oder innerer Überzeugung, es geschieht lediglich unter dem harten Zwang der Tatsache, daß es keinen anderen Weg gibt, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren.

Das Reich wird nach besten Kräften suchen, den Vertrag zu erfüllen; aber binnen kurzem wird sich zeigen, daß er in vielen oder wesentlichen Teilen unerfüllbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabweisbare Notwendigkeit.<<

Am 12. Juli 1919 hoben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf. Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade (November 1918 bis Juli 1919) verhungerten mindestens 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (im Jahre 1999) über die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages (x887/...): >>**Der Krieg ging weiter**
"Folterung eines ganzen Volkes": Das Menetekel des 20. Jahrhunderts wird 80

Am 28. Juni jährt es sich zum 80. Male, daß der erste Abschnitt des - um eine Diktion der britischen Premierminister Winston Churchill und John Major aufzugreifen - "Dreißigjährigen Krieges" gegen Deutschland mit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages abgeschlossen wurde.

Im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles, den die Sieger ausgesucht hatten als historischen Ort, an dem 1871 das Deutsche Reich proklamiert worden war, mußten Reichsaußenminister Hermann Müller (SPD) und Reichsjustizminister Johannes Bell (Zentrumspartei) den Vertrag unterschreiben, der, da es keinerlei Verhandlung gab, sondern die Deutschen nur zum Befehlsempfang antreten durften, gemeinhin und korrekt als "Diktat" bezeichnet werden muß.

Die Bedingungen, welche die Alliierten in 440 Artikeln bis ins Penibelste festgelegt hatten, waren teilweise von absurder Rigorosität, ja Brutalität. ...

Das Friedensdiktat von Versailles war in damaliger Zeit einmalig. Dergleichen Friedensverträge hatte es jedenfalls in der Neuzeit noch nie gegeben. ...

Zwar unterbreitete die Reichsregierung den in Versailles versammelten Siegermächten Gegenvorschläge, doch gab es keinerlei Verhandlungsspielraum. Sie wurden vom Tisch gewischt. Deutschland wurde eine kurze Frist gesetzt, um den Vertrag unverändert zu unterschreiben. Andernfalls wurden schärfste Strafmaßnahmen angedroht.

Als der Inhalt des Versailler Vertrages in Deutschland bekannt wird, schlagen die Wellen der Erregung hoch, und zwar in allen politischen Lagern, von ganz links bis ganz rechts. ...

Die Deutsche Nationalversammlung trat am 12. Mai 1919 zu einer besonderen Sitzung zusammen, um mit einer einmütigen Kundgebung aller Parteien, also auch der linken, gegen die "Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln", als die sie das Versailler Diktat ansahen, in schärfster Form zu protestieren. Sie wies die Zumutung, dem Diktat freiwillig zuzustimmen, als "feige und ehrlos" zurück. Und Philipp Scheidemann (SPD), erster Ministerpräsident der Weimarer Republik, erklärte namens der Reichsregierung:

"Der schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll, dieses Buch (der Friedensvertrag) darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden. ... Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt. ... Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Regierung unannehmbar."

Das Protokoll verzeichnet: "Minutenlanger brausender Beifall im Haus und auf den Tribünen; die Versammlung erhebt sich; erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen."

Der liberale Abgeordnete Hausmann rief: "Dieser Vertrag ist eine neue Form langsamer Folterung eines ganzen Volkes."

Der Zentrumspolitiker Fehrenbach sagte am Ende der Sitzung: "Der heutige Tag ist eine machtvolle, einheitliche, geschlossene Kundgebung der ganzen deutschen Volksvertretung gegen den Gewaltfrieden, den man uns diktieren will. ... Den Frieden können wir nicht annehmen!"

Und er prophezeite hellseherisch, würde das Deutsche Reich gezwungen, den Vertrag zu unterschreiben, dann werden "unsere Kinder mit dem Willen erzogen werden, nicht nur die Hand zur Faust zu ballen, sondern die Sklavenketten zu brechen, die Schmach abzuwaschen". ...

Die Reichsregierung unter dem Sozialdemokraten Scheidemann trat aus Protest zurück. Die neu gewählte Regierung aber sah sich gezwungen, die Unterschrift zu leisten.

Das änderte nichts daran, daß sich in Deutschland alle politischen Kräfte in der Abwehr der Vertragsbedingungen einig waren. Vor allem der "Kriegsschuldparagraph" stieß auf wütende Ablehnung. ...

Am 29. August 1924 widerrief die deutsche Reichsregierung die erzwungene Kriegsschuld-Anerkennung.

Am 30. Januar 1925 erklärte der liberale Reichskanzler Hans Luther: "Die wahre Verständig-

gung und Versöhnung zwischen den Völkern kann nicht vollendet werden, solange ein einzelnes Land zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird und sich nicht das ganze Ausland von der Unrichtigkeit der Anklagen überzeugt, das deutsche Volk habe durch seinen Angriff den Weltkrieg entfesselt."

Die Reihe solcher Stimmen ließe sich beliebig verlängern; alle deutschen Regierungen, alle Parteien waren sich einig in der Ablehnung. Weil aber Deutschland politisch und militärisch ohnmächtig war, konnte niemand die Revision des Vertrages durchsetzen. ...

Diese Demokratie brach schließlich nicht zuletzt unter der Last der Reparationen und der permanenten Beschuldigungen zusammen.

Inzwischen ist es Allgemeingut bei allen Klarsichtigen geworden, daß es ohne den Versailler Vertrag in dieser Form keinen Zweiten Weltkrieg gegeben hätte.<<

Der Vertrag von Versailles trat am 10. Januar 1920, um 4.15 Uhr, in Kraft, obwohl sich die Siegermacht USA weiterhin weigerte, den Vertrag zu unterzeichnen.

Gebiets- und Bevölkerungsverluste des Deutschen Reiches infolge der Gebietsabtretungen von 1919-22 (x012/46, x018/675, x019/55):

Gebietsabtretungen	qkm	Bevölkerung
Deutsches Reich (Stand: 01.12.1910)	<u>541.125,4</u>	<u>64.926.000</u>
Memelland an Litauen	- 2.656,7	- 141.238
Danzig und Umgebung an Freistaat Danzig	- 1.914,2	- 330.630
Fast die gesamte Provinz Posen, 75 % von Westpreußen, Teile von Nieder- und Oberschlesien, Ostpreußen sowie Ostpommern an Polen	- 46.142,4	- 3.854.961
Oberschlesische Gebiete und das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei	- 315,9	- 48.446
Nordschleswig an Dänemark	- 3.992,7	- 166.348
Eupen und Malmedy an Belgien	- 1.035,5	- 59.945
Verluste der preußischen Provinzen	- 56.057,4	- 4.601.568
Elsaß-Lothringen an Frankreich	- 14.523,0	- 1.874.000
Deutsche Gesamtverluste	- 70.580,4	- 6.475.568
Deutsches Reich (Stand: 31.12.1922)	<u>470.545,0</u>	<u>58.450.432</u>

Durch die Abtretung der östlichen Teile des ober-schlesischen Industriegebietes (Kattowitz, Königshütte, Lublinitz, Myslowitz, Pleß, Rybnik, Tarnowitz und von anderen wichtigen Industriestandorten) verloren die Deutschen unersetzliches Volksvermögen und riesige, erschlossene sowie leicht abbaubare Steinkohlevorkommen (die mächtigen Flöze waren häufig bis zu 15 m stark). Von den 62 ober-schlesischen Kohlebergwerken übernahm Polen 49! Das Deutsche Reich mußte den Polen außerdem alle 23 Zinkwerke und 11 ober-schlesische Zinkminen, die damals ca. 18 % der gesamten Zink-Weltproduktion erzeugten, ohne Entschädigung den Polen überlassen (x019/95).

Der Inhalt des Versailler Friedensvertrages (440 Artikel)

Teil I (enthielt die Völkerbundssatzung)

Teil II-III (regelte die Festsetzung der neuen Grenzen und die Ausbeutung von deutschen **Kohlengruben**): Bei den Gebietsabtretungen spielte Frankreich eine besonders unrühmliche Führungsrolle und befürwortete speziell den polnischen und tschechischen Expansionsdrang nach Westen. Die Polen und Tschechen sollten nach den französischen Wunschvorstellungen

die bisherige Aufgabe der Deutschen ("Pufferzone" zwischen Ost- und Westeuropa) übernehmen und wichtige Eckpfeiler gegen Rußland werden. Diese kurzsichtige und menschenverachtende Politik änderte nicht nur die Landkarten Ost-Mitteleuropas grundlegend, sondern sie bedeutete letztlich auch den ersten Schritt zur Liquidation der jahrhundertealten deutschen Ostsiedlung.

Gebietsabtretungen (ohne Volksabstimmung):

1. Frankreich übernahm Elsaß-Lothringen.
2. Eupen und Malmedy (mit rd. 60.000 Einwohnern; davon 50.000 Deutsche) mußte an Belgien abgetreten werden.
3. Polen erhielt nahezu die gesamte Provinz Posen und rd. 75 % der Provinz Westpreußen. Der "Polnische Korridor" trennte die preußische Provinz Ostpreußen danach wieder, wie in den Jahren 1466-1772, vom übrigen Deutschen Reich.
4. Danzig (deutscher Bevölkerungsanteil = 95 %) wurde als "Freie Stadt" dem Schutz des Völkerbundes unterstellt.
5. Das Memelland erhielt am 4. Oktober 1920 zwar eine französische Besatzungsmacht, wurde später aber gewaltsam durch Litauen besetzt und nach Zustimmung des Völkerbundes annektiert (eindeutiger Bruch des Friedensvertrages!).
6. Teile Niederschlesiens (das Hultschiner Ländchen mit seinen großen Kohlevorkommen) mußte man der Tschechoslowakei überlassen.

Abtretungsgebiete mit Volksabstimmung:

1. Nordschleswig fiel an Dänemark (75 % der Bevölkerung stimmten gegen das Deutsche Reich), obwohl Dänemark nicht am Ersten Weltkrieg beteiligt war.
2. Oberschlesien fiel an Polen (obgleich sich 59,6 % der Oberschlesier für den Verbleib beim Deutschen Reich entschieden). Oberschlesien wurde nach der Volksabstimmung kurzerhand gewaltsam durch polnische Truppen besetzt und das Deutsche Reich mußte gemäß Entscheidung des Völkerbundes vom 20. Oktober 1921 die wertvollsten Teile der östlichen oberschlesischen Industriegebiete abtreten. Diese ungerechte Entscheidung stellte ebenfalls einen schwerwiegenden Vertragsbruch der Siegermächte dar.

Frankreich erhielt das Recht, die wertvollen Kohlevorkommen an der Saar auszubeuten (Volksabstimmung nach 15 Jahren). Die linksrheinischen Gebiete der preußischen Rheinprovinzen dienten als "Bürgschaft" und wurden in 3 Besatzungszonen eingeteilt (insgesamt 32.452 qkm mit 7,2 Millionen Einwohnern). Die linksrheinischen Gebiete sollten bei pünktlicher Vertragserfüllung nach 5-15 Jahren Militärbesatzung geräumt werden (x041/82). Das Deutsche Reich mußte selbstverständlich auch die gesamten Besatzungskosten tragen.

Teil IV-V (regelte die sonstigen Enteignungen und die Überwachung der Abrüstung): Das Deutsche Reich mußte auf alle deutschen Kolonien (Gebietsgröße = rd. 3,0 Millionen qkm) und die deutschen Rechte im Ausland (Patente, Überseekabel etc.) verzichten und verlor sein gesamtes Auslandsvermögen in Höhe von etwa 24,0 Milliarden Mark (x074/1.015).

Militärische Bestimmungen: Ablieferung des Kriegsmaterials (u.a. alle U-Boote und die meisten Schiffe der deutschen Kriegsmarine sowie rd. 2.000 Jagd- und Bombenflugzeuge), Aufhebung der Wehrpflicht, Auflösung der einst stolzen deutschen Militärmacht und Einführung einer sehr kleinen Berufsarmee (Heer = 100.000 Soldaten und Marine = 15.000 Mann), Zerstörung aller Küstenbefestigungen und Festungen ostwärts des Rheins (in einer Entfernung von 50 km), Verbot und ständige Überwachung der Rüstungsproduktion (x041/82).

Die kleine deutsche Berufsarmee war damals nicht in der Lage, die innere und äußere Sicherheit des Deutschen Reiches zu verteidigen. Die Forderung, eine Armee aus langfristig dienenden Berufssoldaten aufzustellen, war ebenfalls verhängnisvoll. Die "Reichswehr" kapselte sich als Berufsheer schon bald von der Weimarer Republik ab und bildete einen "Staat im Staate". Die Reichswehr blieb zwar unpolitisch, entwickelte aber auch keine innere Bindung

an die demokratische Republik. Infolge der zwangsweisen Abschaffung der Wehrpflicht und der drastischen Reduzierung der deutschen Truppen hatten die NS-Terroristen im Jahre 1933 schließlich keine großen Probleme, das Deutsche Reich gewaltsam zu besetzen.

Teil VI-VII (regelte die Bestimmungen über Kriegsgefangene und die Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher): Holland lieferte den früheren deutschen Kaiser Wilhelm II. später nicht aus.

Teil VIII (regelte die Kriegsschuld und Reparationen): Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld mußte das Deutsche Reich riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen.

Der Artikel 231 des Vertrages erläuterte die Reparationen wie folgt (x061/411): >>Die verbündeten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und (ihre Staatsangehörigen) infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.<<

Die Höhe der Geldleistungen sollte erst später festgelegt werden, aber das Deutsche Reich wurde zum Schluß gezwungen, innerhalb von 30 Jahren für alle Schäden und Verluste der Siegerstaaten (einschließlich der hohen britischen und französischen Schulden gegenüber Nordamerika) aufzukommen. Das Deutsche Reich mußte sofort eine 1. Teilzahlung von 10,0 Milliarden Goldmark leisten und hatte zusätzlich gewaltige Sachleistungen zu erbringen: Alle Handelsschiffe über 1.600 BRT, 25 % der gesamten Fischfangflotte, 8.000 Lokomotiven, 230.000 Eisenbahnwaggons, 5.000 Kraftfahrzeuge, Fabrikeinrichtungen, Maschinen, Kohle, Vieh usw. mußten an die Sieger abgeliefert werden (x061/411, x090/259, x175/154).

Teil IX-XIV (regelte die sonstigen Bestimmungen über Finanzen, Wirtschaft, Luft- und Flußschifffahrt, Eisenbahnen, Bürgschaften etc.): Aufhebung aller Handelsverträge und Anerkennung von Verträgen, die von den Alliierten in Zukunft ohne Mitwirkung Deutschlands geschlossen werden. Alle deutschen Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen, Flüsse (Donau, Elbe, Memel, Oder und Rhein) wurden zu "internationalen Einrichtungen" erklärt (x041/83). Das entmündigte und gedemütigte Deutsche Reich mußte danach allen Nationen freie Durchfahrt und Nutzung gewähren.

Die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges

Nach fairen und objektiven Nachforschungen setzte sich bei anglo-amerikanischen Geschichtsforschern, westeuropäischen Staatsmännern und Historikern später schließlich die Auffassung durch, daß alle beteiligten europäischen Großmächte eigentlich nur durch unglückliche Umstände in den Ersten Weltkrieg geraten seien, und keiner den Krieg vorsätzlich und planmäßig angestrebt hätte.

In den Nachkriegsjahren stellten nordamerikanische, britische und deutsche Geschichtsforscher jedenfalls übereinstimmend fest, daß von einer deutschen Alleinschuld nicht gesprochen werden kann (x059/32). Nach der Devise: "Die Regierungen haben zwar den Krieg, aber auch den Frieden nicht gewollt", klärte man damals die historischen Zusammenhänge auf und ermittelte die Schuldigen bzw. die Unschuldigen.

Die Frage nach der Kriegsschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges wird heute trotzdem immer noch kontrovers diskutiert, denn ohne den Ersten Weltkrieg hätte es sicherlich nicht die späteren Katastrophen (Siegeszug der Links- und Rechtsradikalen, Zweiter Weltkrieg, Endlösung, Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa etc.) gegeben.

Der britische Premierminister Lloyd George bekannte bereits im Jahre 1920 (x059/32): >>... Niemand, der in den damaligen Jahren die Staatsgeschäfte leitete, wünschte wirklich den Krieg. Es war etwas, in das sie hineingeglitten sind oder besser hineintaumelten oder zufällig hineingerieten ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete im Jahre 1955 über die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges (x057/194): >>Die alleinige Kriegsschuld wurde von Deutschlands Gegnern den Mittelmächten, besonders dem Deutsch Reich, zugeschoben und als Propaganda in der ganzen Welt verbreitet. Diese vom deutschen Volk als Kriegsschuldflüge empfundene Behauptung diente später als Begründung für die harten Friedensbedingungen.

Weder moralisch noch juristisch oder politisch konnte von einer Alleinschuld Deutschlands die Rede sein. Die Entwicklung von 1871 bis 1914 hatte gelehrt, daß sowohl Bismarck als auch Wilhelm II. ehrlich auf den Frieden bedacht waren. Weder die Regierung, noch das Volk hielten einen Krieg für die geeignete Lösung der europäischen Krisen. Wohl gab es auch in Deutschland einige wenige radikale Kreise, die einen Krieg für notwendig hielten. Der überwiegende Teil des deutschen Volkes war jedoch ebenso friedliebend gesinnt wie die Völker der übrigen Welt.

Dagegen hat sich der Kriegswille einiger ausländischer Staatsmänner, besonders der russischen, als aktenmäßig feststehend erwiesen, ebenso die Tatsache, daß im Jahre 1914 keine der Regierungen den Krieg herbeiführen wollte (Lloyd George: "Die Mächte sind in den Krieg hineingeschlittert").

Aber die Entente hatte es verstanden, der Welt gegenüber Deutschland als Friedensbrecher hinzustellen. Hierin wurde sie unterstützt durch das diplomatisch ungeschickte Verhalten Deutschlands und Österreichs bei Kriegsausbruch.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Schuld Klausel des Versailler Vertrages (x063/478): >>... Daß ... die Schuld Klausel des Versailler Vertrages, der Artikel 231, ein Fehlurteil gegen besseres Wissen war, stand allgemein fest, als die Untaten des Nationalsozialismus und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die klare Sachlage wie mit rückwirkender Kraft wieder zu verschleiern begannen.

Daß der Erste Weltkrieg auch nicht ein Kampf um sittliche Grundsätze, etwa der Demokratie gegen die Autokratie (unumschränkte Alleinherrschaft) war, hat sich in der gebildeten englischen und amerikanischen Welt seit Jahren durchgesetzt. ...

Rußland und die Kriegspartei unter dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch konnten die politischen Ziele im Westen nur durch die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Türkei verwirklichen. Der Weg nach Konstantinopel und zur Herrschaft über die slawische Welt, führte, wie der russische Kronrat vom 21. Februar 1914 feststellte, zwingend über den europäischen Krieg.

Der nie erloschene Revanchewille in Frankreich begrüßte einen solchen Krieg, der die Hoffnung auf die Eroberung von Elsaß-Lothringen vor Augen stellte.

Nach der Ermordung des Thronfolgers gewannen die Kräfte in der österreichischen Regierung, die auf Abrechnung mit Serbien drängten, notwendigerweise die Oberhand. Aber man hoffte auf einen "lokalisierten" Konflikt und war überzeugt, daß Rußland, wenn man nicht sofort mit äußerster Entschiedenheit vorgehe, Serbien schließlich zu Hilfe kommen werde. Sidney B. Fay schreibt dazu: "Österreich wußte, daß Rußland mit jedem Jahre stärker wurde, bezweifelte aber, daß die Rüstungen des Zaren schon so weit waren, daß Rußland es wagen würde einzugreifen ..." <<

US-Senator George Norris (1861-1944) aus Nebraska gab im Jahre 1917 folgende Stellungnahme ab (x056/137): >>... Nach meiner Meinung hätten wir von Anfang an die strikteste Neutralität wahren sollen. Wenn wir das getan hätten, stünden wir jetzt nicht am Rande des Krieges. ... Der Krieg bringt Reichtum für die Spekulanten der Wall Street ... Sie wollen Geld verdienen durch den Krieg und die Vorbereitung des Krieges ... Wir gehen in den Krieg auf den Befehl des Goldes ...

Die Folgen könnten sein, daß Millionen unserer Brüder ihr Blut vergießen müssen, daß Millionen Frauen weinen müssen, daß Millionen Kinder frieren müssen und Millionen Säuglinge

verhungern müssen – und alles nur, weil wir das Recht amerikanischer Bürger wahren wollen, Waffen an kriegsführende Staaten zu liefern.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Oktober 2008) über den Ersten Weltkrieg (x878/...): >>**Deutschland im Spiegel der Nachwelt (Ein Rückblick aus dem Jahre 3000 n. Chr.) ...**

Kriegsschuld, Angriffskrieg, Kriegsverbrechen

Die Alleinschuld am Ausbruch des 1. Weltkriegs wurde von den Siegermächten Deutschland angelastet. Die deutsche Geschichtsforschung und Publizistik hat dies bis Anfang 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts mehrheitlich zurückgewiesen. Mit Fritz Fischers Werk "Der Griff nach der Weltmacht" (1961) fand in den 60er Jahren eine Umkehrung statt. Mittlerweile wird Fischer in der deutschen Forschung überwiegend wieder revidiert und lediglich eine deutsche Mitverantwortung angenommen. In den maßgebenden deutschen Medien ist letzteres meist noch nicht angekommen und es wird für das große Publikum gedankenlos von deutschen Angriffskriegen 1914 und 1939 berichtet. Das ist falsch, aber relativ belanglos.

Das Deutsche Reich war vor 1914 ohne Zweifel eine aufstrebende Macht, die das europäische Gleichgewicht ökonomisch und demographisch in Frage stellte. Etablierte Mächte wie Großbritannien und das zaristische Rußland, die ihre Weltreiche in zahllosen Kriegen schon zusammengerafft und erobert hatten: die Briten das Empire rund um den Globus, die Russen ein gigantisches Territorium von Warschau bis Wladiwostok, von Helsinki bis Tiflis, fühlten sich herausgefordert.

Ähnliches gilt für Frankreich, das nach Afrika und Indochina ausgegriffen hatte, sich aber mit dem Verlust Elsaß-Lothringens nicht abfinden wollte. Das Deutsche Reich entwickelte Anfang des 20. Jahrhunderts eine derartige Potenz, daß das übrige Europa mit vereinten Kräften diese neue Macht im Herzen des Kontinents im 1. Weltkrieg nicht niederzwingen konnte. Es bedurfte des Eingreifens der außereuropäischen Macht der USA, um Deutschland 1918 zu besiegen.

Schon aus heutiger Sicht war die deutsche Politik unter Wilhelm II nicht imperialistischer als die britische, russische oder französische und auch die der USA. Hohles Pathos und große Töne haben - salopp ausgedrückt - in dieser Zeit außer Wilhelm II auch andere europäische Politiker und Staatsmänner geschätzt (z.B. Benjamin Disraeli, britischer Politiker und Staatsmann). Die europäischen Staaten und die USA expandierten in die Welt und gerieten untereinander in Streit um Teile des Kuchens. Die etablierten Mächte schlossen sich zusammen, um den deutschen Neuankömmling nicht hoch kommen zu lassen, denn sie hatten etwas zu verteidigen und zu verlieren.

Insbesondere die britische Propaganda denunzierte das Deutsche Reich als imperialistisch und süchtig nach Weltherrschaft. Denn das weltumspannende "Imperium" beanspruchten die Briten nicht nur selbst, sie hatten es in ihrem Selbstverständnis mit ihrem Empire auch inne. (Ein ähnliches Selbstverständnis haben die "Masters of the Universe", die "Herren der Welt", des Finanzdistrikts der Londoner City Anfang des 21. Jahrhunderts entwickelt. Gemeinsam mit der New Yorker Wall Street haben sie in der Folge die Welt in die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 gestürzt.) London wollte vor 1914 das ungeschmälerte Empire nicht nur um jeden Preis behalten sondern nach Möglichkeit noch ausbauen. Es war schlicht der Kampf von Rivalen. ...<<

Der US-Schriftsteller Richard K. Moore berichtete später (am 2. Februar 2009) in seinem Artikel "A brief history of the New World Order" ("Eine kurze Geschichte der Neuen Weltordnung") über das NWO-Projekt Erster und Zweiter Weltkrieg (x337/117,148-149): >>Der Erste Weltkrieg war das epochale Ereignis, das ein feststellbares Programm zur Errichtung einer neuen Weltordnung einer einzigen globalen Hierarchie ... unter der Kontrolle der Finanzierelite in Gang gesetzt hat. ...

Großbritannien war nicht mehr die offensichtlich erste Wahl als Grundlage für eine solche globale Machtergreifung. Daher wurde die Entscheidung gefällt, die Hegemonie von London nach Washington zu verlagern. Der Erste Weltkrieg brachte den Aufbau Amerikas als Weltmacht. ... Während sich Europäer und Briten millionenfach abschlachteteten, erlebten die Amerikaner die Aufbruchzeiten, die zu den Goldenen Zwanziger Jahren führten. ... Die Verbündeten wurden mit astronomischen Schulden beim amerikanischen Finanzministerium und der Bankelite belastet. ...

Man kann sagen, Amerika hat den Ersten Weltkrieg gewonnen, und ganz Europa hat ihn verloren - und zwar in großem Umfang. Die Europäer waren verpflichtet, Amerika gewaltige Summen für das Privileg zu zahlen, sich gegenseitig verwüstet zu haben. ...

Großbritannien hat eine Zeit lang den Kampf um Europa gewonnen. Amerika hat auf lange Zeit den Kampf um die stärkste Nation der Welt für sich entschieden - doch war es die Bankelite, die den Krieg um die Gestaltungsmacht des künftigen Kurses der Weltpolitik gewonnen hat. ...<<

>>... Der Erste Weltkrieg war ein so erfolgreiches Projekt, daß sofort die Planung für eine noch größere Fortsetzung einsetzte - ein weiterer großer Schritt in Richtung auf eine neue Weltordnung. ...

Hitler war ein Projekt der angloamerikanischen Bankiers. Seine charismatische Brillanz war früh erkannt worden ... und mit Investitionen in die deutsche Wiederaufrüstung wurden immense Gewinne gemacht. ...

Das Projekt Zweiter Weltkrieg erreichte alle seine Ziele auf bewundernswerte Weise. Während sie nur verhalten kämpften und - im Vergleich zu den anderen großen Kriegsparteien - nur vernachlässigbare Verluste erlitten, gingen die USA mit einer intakten Infrastruktur, 40 % des Reichtums und der Industriekapazität der Welt, der Kontrolle über die sieben Weltmeere, einem Monopol auf Atomwaffen, strategischen Stützpunkten in den Öl-Scheichtümern des Nahen Ostens und mit der allgemein verbreiteten Anerkennung als heroischer Vorkämpfer der Demokratie aus dem Krieg hervor.

Ganz von allein richteten sich die Augen der Welt auf Washington als Führung bei der Gestaltung der Nachkriegswelt.

Und Amerika hatte bereits einen fertigen Entwurf vorliegen. Die Bankiers hatten einen Ausschuß ausgewählt, das Council on Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen), und ihn ins Weiße Haus hinüberschickt, um die Architektur für die Nachkriegszeit zu entwerfen. Man hatte sich Amerika als hegemoniale Operationsbasis gesichert, die für diese Rolle geeigneter war als Großbritannien, und es war an der Zeit, sich an die nächste Phase im Projekt Neue Weltordnung zu machen.

So wurden sofort nach dem Kriegsende die Bretton-Woods-Institutionen der Globalisten - UNO, IWF und Weltbank - ins Leben gerufen, die ersten Grundsteine für eine mögliche Einwelt-Regierung.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Juni 2009) über den Ersten Weltkrieg (x878/...): >>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert? ...**

Erster Weltkrieg

... Die deutsche Politik war auf den Kriegsausbruch gedanklich überhaupt nicht vorbereitet. Man wußte nicht, was man wollte:

Wenn es ein Verteidigungskrieg war, durfte es keine praktisch unkontrollierte Kriegszieldiskussion geben; war es ein Krieg zur Etablierung einer deutschen Hegemonie, dann hätte es vor dem Krieg unbedingt Klarheit über die Kriegsziele geben müssen. Ein Krieg wurde geführt, ja wofür? Es war eine unglaubliche Gedankenlosigkeit, mit der das Deutsche Reich in den Krieg eintrat. Sie spricht allerdings auch gegen eine deutsche Kriegsschuld, es sei denn im Rahmen

von Fahrlässigkeit.

Die Auseinandersetzung um einen Ausgleich zwischen berechtigten, existentiellen deutschen und den Interessen der anderen europäischen Großmächte war in Deutschland ausgeblieben. Für die deutschen Kriegsgegner Großbritannien, Frankreich und Rußland war die Lage bei Kriegsausbruch hingegen klar. Ihr überkommenes und in Jahrhunderten erprobtes außenpolitisches Ordnungssystem gab die Leitlinien vor, es bedurfte keiner langen Diskussion. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Punkt eins: Das Deutsche Reich durfte keinesfalls eine faktische Hegemonie in Kontinentaleuropa erringen;

Punkt zwei: es mußte so weit geschwächt werden, daß auch eine tendenzielle kontinentaleuropäische Hegemonie Deutschlands auf Dauer ausgeschlossen blieb;

Punkt drei: vielleicht ergab sich sogar die Möglichkeit, das Deutsche Reich, das noch nicht einmal ein halbes Jahrhundert existierte, als Störfaktor ganz auszuschalten und wieder zu zerschlagen.

Eine Kriegszieldiskussion war folgerichtig nicht nötig und fand auch nur marginal statt. In Deutschland wurde nicht gesehen, wie kritisch die Lage 1914 für das Deutsche Reich war. Vor allem die Rolle Londons wurde im anstehenden Konflikt völlig falsch eingeschätzt. Daß England der Hauptgegner war und für deutsche Waffen unangreifbar auf den britischen Inseln selbst nach der Niederlage kontinentaleuropäischer Verbündeter weiterkämpfen würde, wurde in seinen Konsequenzen nicht gesehen.

... Deutschland verlor den Ersten Weltkrieg. Im Versailler Vertrag von 1919 wurde Deutschland so geschwächt, daß - so die Absicht der Entente-Mächte - eine tendenzielle deutsche Hegemonie in Kontinentaleuropa auf überschaubare Zeit ausgeschlossen war. Eine Zerschlagung des Deutschen Reiches war 1918/1919 unmöglich, weil der russische Kriegsalliierte durch die Revolution ausgefallen war. Die deutsche Politik begann schon in den zwanziger Jahren an der Revision von Versailles zu arbeiten. Im Dritten Reich mündete diese Politik in den Zweiten Weltkrieg.

Deutschland wurde 1945 besiegt, besetzt, amputiert, und in zwei Staaten (und wenn man so will, mit Österreich in drei Staaten) zerschlagen. Ausländische Truppen blieben bis in die neunziger Jahre in Deutschland stationiert, im Westen Deutschlands bis heute. Deutschland war nach 1945 wieder, wie nach dem Westfälischen Frieden 1648 bis 1870/1871, potentiell Schlachtfeld. In einem Ost-West-Konflikt, wenn er denn ausbrach, war Deutschland als "Kriegstheater" (NATO-Jargon) vorgesehen. Atomraketen der Sowjetunion, der USA, aber auch Frankreichs waren auf deutsches Territorium gerichtet. Ein militärischer Konflikt sollte, soweit möglich, auf Deutschland (und kleinere Nachbarländer) eingegrenzt werden. Der Streit um die Nachrüstung (SS 20, Pershing II) Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts drehte sich nicht zuletzt um diese Frage.

Diese drastische Darstellung ist notwendig, um deutlich zu machen, um welche Entscheidungen es 1914 eigentlich ging. 1914 begann von deutscher Seite ein kopfloser Krieg, der mit einer Art Wiederholungszwang im Zweiten Weltkrieg 1945 endete. Dem jungen deutschen Nationalstaat war es nicht gelungen, sich in das europäische Mächtesystem einzupassen, einzuordnen, sich mit den Nachbarn so zu arrangieren, daß sie sich mit diesem neuen Machtfaktor abfanden, ihn hinnahmen, dauerhaft akzeptierten.

Nun wäre es verfehlt, dieses Manko allein dem Deutschen Reich zur Last zu legen. Die wechselseitige Akzeptanz neuer Machtverhältnisse ist ein Prozeß, der auch das Verantwortungsbeußtsein der anderen Großmächte mit einfordert und stets Zeit in Anspruch nimmt. Notwendig wäre ein Zusammenspiel gewesen. Die Deutschen orientierten sich am mythischen Vorbild des preußischen Staates, der unter Friedrich II sein Überleben, seinen Aufstieg und die Akzeptanz der anderen Mächte mit militärischen Mitteln erreicht hatte. Es war freilich eine

Fehleinschätzung, die das Preußen Friedrich II mit dem Deutschen Reich Bismarcks gleichsetzte. Preußen hatte unter Friedrich II das europäische Machtgefüge nur modifiziert, nicht gesprengt. Das Deutsche Reich von 1870/1871 stellte es in Frage.

Die traditionellen europäischen Mächte, England, Frankreich, Rußland hielten an ihren in Jahrhunderten erkämpften und bewährten Machtinteressen fest. Das multipolare Machtgefüge Europas geriet damit aus den Fugen. Die Mächte fielen auf die traditionelle Form der Krisenbewältigung durch Krieg zurück. Über die verheerenden Konsequenzen war man sich 1914 nicht im Klaren. Europa verlor in den folgenden Kriegen seine Weltstellung. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 23.11.2013) (x887/...): >>Wider die Alleinschuldthese

Historiker belegt, daß Deutschland nicht den Ersten Weltkrieg angezettelt hat und es sogar Friedensgespräche suchte

Der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges ist der Grund, daß zwei Bücher über den Ersten Weltkrieg erschienen sind, die die größte Aufmerksamkeit besonders in Deutschland verdienen. Da ist zum einen das voluminöse Werk des australischen Historikers Christopher Clark, das den Titel "Die Schlafwandler" trägt, wobei der Autor an die Regierungen denkt, die 1914 bis 1919 die Geschicke der Mächte leiteten. Und da ist zum anderen das schmale, aber inhaltsreiche Buch des emeritierten Professors für Neue und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg im Breisgau Hans Fenske "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1918".

Beide Autoren widersprechen den Behauptungen politisch angepaßter Historiker und Journalisten, die allein Deutschland die Schuld am Ersten Weltkrieg zuschieben. Davon könne keine Rede sein, meinen unabhängig voneinander die beiden Historiker.

Obwohl Fenskes Hauptthema die Bemühungen der Reichsregierung während des Krieges sind, mit den Gegnern in Verhandlungen über ein Kriegsende einzutreten, schaltet er ein Kapitel vor, in dem er knapp, aber faktenreich über den Beginn des Krieges berichtet und beweist, daß Behauptungen von einer deutschen Alleinschuld nichts anderes sind als beflissene Übernahme alliierter Propagandathesen. Dann zählt er sachlich die Versuche auf, die es während des Krieges mit dem Ziel gegeben hat, die Kriegführenden zu Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeit zu bewegen. Und solche Versuche gab es fast nur von deutscher Seite. Sie erfuhren eine schroffe Ablehnung vor allem von englischer Seite, die sogar beleidigende Formen annahm.

Die Friedensinitiative des Papstes vom 1. August 1917 wurde zwar von der deutschen Regierung begrüßt, von den Alliierten aber sofort abgelehnt. Nach der bolschewistischen Revolution in Rußland schlug der kommunistische Volkskommissar für Auswärtiges, Leo Trotzki, den Westmächten vor, sich an Friedensverhandlungen zu beteiligen. Er blieb ohne Antwort.

Als Ursachen für die strikten Ablehnungen vor allem durch Großbritannien führt Fenske die Kriegsziele der Westalliierten an. Sie wollten den unter der politischen Führung Bismarcks vier Jahrzehnte zuvor gegründeten kleindeutschen Nationalstaat zerschlagen, um in Mitteleuropa wieder einen Flickenteppich von Kleinstaaten - wie vor 1871 - zu schaffen, die sich jederzeit den Einmischungen der sie umgebenden Länder beugen sollten.

London beobachtete Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung mit zunehmender Ablehnung, entwickelte sich das Deutsche Reich doch zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der britische Premierminister Lloyd George erklärte, England werde kämpfen, "bis der preußische Militarismus auf ewig zerstört" sei, eine geradezu absurde Behauptung angesichts der Tatsache, daß England seit dem 17. Jahrhundert weitaus mehr Kriege geführt hatte als Preußen/Deutschland und sich damit ein Viertel der Erdoberfläche untertan gemacht hatte.

Die haßerfüllte Haltung setzte sich durch, als 1918 Deutschland unter der Übermacht zusam-

menbrach und die Sieger im Versailler Vertrag, den Fenske einen Gewaltfrieden nennt, die Bedingungen diktierten. Jede Verhandlung lehnten die Siegermächte, an der Spitze Frankreich und England, ab und sie drohten, die Kämpfe wieder aufzunehmen, wenn Deutschland nicht bedingungslos unterzeichnete. Alle deutschen Parteien von links bis rechts lehnten ab, die Sieger-Behauptung durch Unterschrift zu bestätigen, Deutschland trage am Krieg die Alleinschuld. Aber die Drohungen der Sieger ließen keine Wahl: Berlin mußte unterschreiben.

Die Folgen spüren wir bis heute. Fenske führt auf, welche Gebiete Deutschland an die Sieger abtreten mußte, was Deutschland abzuliefern und zu zahlen hatte - eine wichtige Zusammenstellung, weiß doch heute kaum noch ein Deutscher, was das Land damals zu erleiden hatte. Sein Buch schließt mit der Bemerkung, daß er das Manuskript am 12. Oktober 2010 abgeschlossen habe, "zwölf Tage, nachdem die Bundesrepublik Deutschland die letzte Zahlung im Zusammenhang mit den dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen geleistet hatte" - 92 Jahre nach Unterzeichnung des Diktats.

Hans Fenske: "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1918", ... München 2013 ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete später (am 10.05.2014) über den angeblichen "deutschen Angriffskrieg": >>100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg scheint jeder zu wissen, was 1914-1918 geschah: Die Deutschen haben den Krieg begonnen! Kaiser Wilhelm II. war kriegslüstern wie sein Volk!

Falsch, sagt der Berliner Historiker und Buchautor Jörg Friedrich ("14/18 - Der Weg nach Versailles"). Im BILD-Interview räumt er mit großen Irrtümern über den Ersten Weltkrieg auf.

BILD: "Deutschland ist Schuld am Ersten Weltkrieg" - richtig oder falsch, Herr Friedrich?

Friedrich: "Falsch, denn Schuld ist keine Kategorie für Historiker. Fakt ist: Alle Beteiligten - Deutschland, Österreich, Rußland, Frankreich, England - sind in diesen Krieg hineingerutscht. Ende Juni 1914 ermordeten serbische Verschwörer in Sarajewo den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand. Österreichs Kaiser mußte reagieren, auch heute ließe keine Großmacht so ein Attentat ungestraft. Wien stellte härteste Bedingungen an Serbien, wollte aber eigentlich angreifen - im Grunde eine lokale Rangelei. Nur weil Rußland an Serbiens Seite eingriff, wurde ein Problem der Großmächte daraus. Denn Deutschland stand auf der anderen Seite, als Bündnispartner Österreichs." ...

BILD: Kommen wir zum zweiten Vorurteil: War Wilhelm II. kriegslüstern?

Friedrich: "Nein, selbst die Franzosen verulkten den deutschen Kaiser als "Wilhelm, den Furchtsamen". Deutschland war die einzige Großmacht, die seit ihrer Gründung 1871 noch keinen einzigen Krieg geführt hatte, Wilhelm hatte das beste Heer des Kontinents, aber militärisch war er Jungfrau, trotz seines martialischen Auftretens." ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 25. Juli 2014) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Einfluß der britischen Freimaurer vor dem Ersten Weltkrieg (x967/...): >>**Okkulte Einflüsse im englischen Imperialismus vor dem 1. Weltkrieg**

Der Einfluß des Okkultismus auf die britische Politik ist allgemein wenig bekannt oder wird in seiner Bedeutung unterschätzt. Schon im vorigen Artikel hatten wir den Hinweis des Historikers Markus Osterrieder zitiert, daß gerade in der imperialistischen Bewegung um Alfred Milner ein tiefes Interesse an okkultistischen und spiritistischen Phänomenen, "die seit 1852 immer mehr Menschen auf der britischen Insel in ihren Bann schlugen", verbreitet war. (M. Osterrieder: *Welt im Umbruch*, Stuttgart 2014, S. 805).

Trotz der allgemeinen Neigung zum Materialismus gaben sich viele Engländer doch nicht mit platten Welterklärungen zufrieden, sondern versuchten, in den metaphysischen Hintergründen des irdischen Lebens Antworten auf Rätselfragen des Daseins zu finden. Und insbesondere Politiker strebten durch spiritistische Praktiken danach, Leitlinien für ihr Handeln aus einer spirituellen Welt zu erhalten. Das kann man als Humbug abtun. Aber damit verbaut man sich

den unvoreingenommenen Blick auf historisch wirksame Kräfte. Und um deren Beschreibung geht es.

Die okkultistischen Bestrebungen W. T. Steads

Ein enger Freund Alfred Milners, der Journalist William Thomas Stead (1849-1912), der "eine der eigentümlichsten Persönlichkeiten seiner Zeit und eine beherrschende Gestalt im öffentlichen Leben der Insel" war, besuchte seit 1881 spiritistische Sitzungen. Eine eigene mediale Begabung, die des automatischen Schreibens (s. Wikipedia unter Séancen) trat bei ihm erstmals 1892 auf, durch das er "regelmäßig Nachrichten von 'Verstorbenen' über das 'schreibende Telefon'" empfing. Bereits Mitherausgeber der angesehenen Abendzeitung Pall Mall Gazette, gab er ab 1894 die Vierteljahreszeitschrift Borderland heraus, um das, "was die Society for Psychical Research für einige Auserwählte getan hat", für das große Publikum zu erreichen. (Osterrieder, S. 828f.)

Weltweit berühmt wurde W. T. Stead 1897 ... durch die Veröffentlichung von Mitteilungen, die ihm unter dem Namen einer verstorbenen Bekannten, Julia Ames, kundgetan wurden. Das Buch erfuhr zahlreiche Auflagen und Übersetzungen.

Von "Julia" empfing er eine Meditationstechnik, die er "Rosenkranz" nannte: In einem Notizbuch schrieb er alle Namen von Personen und Sachen nieder ("die Gefährten des Rosenkranzes"), zu denen er in irgendeiner Beziehung stand.

Jeden Morgen ging er nach dem Aufwachen in Gedanken jeden einzelnen Namen mit der Frage durch: Was kann ich hierfür tun? Was sollte ich tun? Er hatte dabei auf alle Einfälle zu achten, die ihm spontan zukamen. Lord Milner, der für Steads "Gespenster" angeblich nicht viel übrig hatte, übernahm diese okkulte Technik gerne für seine eigenen, zumeist politischen Zwecke: "Der Rosenkranz ist ausgezeichnet, und ich werde ihn übernehmen und Dich zu einem meiner Gefährten machen."

1909 richtete Stead das "Büro Julia" ein, welches den "okkulten Kontakt" zwischen den beiden Sphären aufrechterhalten sollte, um "jenen, die ihre Verstorbenen verloren hatten, die sich um Freunde und Verwandte sorgten, erneut eine Verbindung mit ihnen zu ermöglichen." Dabei kam er auf die Idee, für seine Zeitung "Tote" zu "interviewen". 1909 gab etwa der längst verstorbene W. E. Gladstone (früherer Premierminister) auf einer Séance zum Besten, was "er" von dem neuen britischen Haushalt hielt. Das "Interview" erschien im Daily Chronicle unter der Schlagzeile: "Erstaunliches Geist-Interview. Der verstorbene Mr. Gladstone über den Haushalt" (a.a.O. S. 830).

Was auch immer an der Sache mit Gladstone dran war: Stead versuchte, echte oder fingierte okkulte Offenbarungen in den Dienst praktischer Politik zu stellen. Dies nahm noch ganz andere Ausmaße an. Wie Milner ein "Enthusiast für die Rasse und das Empire", bemühte er sich in der britisch-russischen Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in Zentralasien (Great Game) hartnäckig um eine Annäherung zwischen beiden Ländern, "verweigerte sich konsequent der grassierenden Russophobie und riet der britischen Regierung, Rußland endlich als Partner im Prozeß der 'Zivilisierung' Asiens und Schutzmacht der christlichen Slawen auf dem Balkan gegenüber dem Islam anzuerkennen."

Dazu pflegte er seit 1877 enge Kontakte mit der spirituellen kosmopolitischen Russin Olga Novikova, die als inoffizielle Vertreterin der panslawischen Sache in London und Moskau wirkte. Sie machte ihn 1888 mit ihrer Freundin, der Okkultistin Helena P. Blavatsky bekannt, der Mitbegründerin und spirituellen Führerin der Theosophischen Gesellschaft, die in ihm "einen guten Theosophen" sah.

"Nach 1905 kam Stead während einer spiritistischen Sitzung in Kontakt mit einer Entität, die sich als 'Catherine' zu erkennen gab." In ihm bildete sich die Überzeugung, daß es sich um den Geist der Zarin Katharina der Großen (1729-1796) handele, die ihn auserwählt habe, "Botschaften über die Zukunft der slawischen Völker mitzuteilen."

Am 4. Dezember 1908 beauftragte Stead sein reguläres Medium Kathleen Harper, sie möge 'Catherine' bitten, einen Artikel über 'die allgemeinen Unruhen und die Perspektiven im Nahen Osten' zu channeln, den er unter seinem Namen veröffentlichen würde. ... Sie können sie fragen, was sie über diese Idee denkt, und ob sie es vorziehen würde, mit Ihrer Hand (automatisch) zu schreiben oder mit meiner. Ich meine, es wäre großartig, sie wieder in die Magazineliteratur einzuführen."

"Auf diese merkwürdige Weise entstand ein Artikel, unter dem Titel 'Die Ankunft der Slawen', den Stead im Januar 1909 in der Contemporary Review veröffentlichte. Der Artikel war ein panslawistisches Manifest über die Entstehung von Slavonia, einer 'Föderation oder Föderationen von selbstregierten Staaten', 'von Petersburg bis Prag und von Prag bis Adrianopel' (das ostthrakische Edirne). ... Einer solchen Morgendämmerung müsse jedoch erst die Verbindung von Slawentum und (trotz allem would-be Imperialism) britischer Politik vorangehen" (a.a.O. S. 833, 834).

Dies bräuchte hier nicht so ausführlich geschildert zu werden, wenn diese Verbindung von Slawentum und britischer Politik sich nicht erstaunlicherweise realisiert und im Vorfeld des Ersten Weltkrieges zu einer Mächtekonstellation geführt hätte, die an seinem Ausbruch wesentlichen Anteil hatte.

Cecil J. Rhodes und seine Geheimgesellschaft

"Am 4. April 1899 hatte Stead den südafrikanischen Imperialisten Cecil J. Rhodes (1853-1902) kennengelernt", der wie Milner und seine Freunde seit seiner Jugend unter dem Einfluß der imperialistischen Ideen des Oxforder Kunsthistorikers John Ruskin stand und "sie zeitlebens als Inspirationsquelle für sein Handeln betrachtete."

Rhodes wollte sein riesiges, in Südafrika durch Gold- und Diamantenminen und an der Börse erworbenes Einkommen von über 1 Million Pfund jährlich (heute über 8 Millionen Euro) "zu und für die Einrichtung, Förderung und Entwicklung einer Geheimgesellschaft" widmen, "deren wahres Ziel und Zweck die Ausdehnung der britischen Herrschaft über die ganze Welt sein wird."

Nach der "letztendlichen Rückgewinnung der Vereinigten Staaten von Amerika als integralem Bestandteil des Britischen Empire" entstehe "eine so große Macht, die Kriege unmöglich machen und das Wohl der Menschheit fördern werde" (a.a.O. S. 841f.).

Während seines Studiums in Oxford wurde Rhodes Mitglied der Freimaurer-Apollo-Loge Nr. 357, Orient of Oxford, wo er am 17.4.1877 zum Master Mason erhoben wurde. Er trat ferner der Prince Rose Croix Loge Nr. 30 bei, einer Loge der Schottischen Hochgradmaurerei in Oxford. Von 1868-1914 wurden in der Apollo University-Loge 1.271 junge Männer der britischen Oberschicht eingeweiht, also jährlich im Schnitt 28 Personen. Darunter befand sich auch der Prince of Wales und spätere König Edward VII, ferner der von 1905-1916 als britischer Außenminister wirkende Sir Edward Grey.

"Bereits im Alter von 24 Jahren war Rhodes zu seiner Überzeugung gelangt, die er 1877 in einem 'Glaubensbekenntnis' niederschrieb:

Ich behaupte, daß wir das vortrefflichste Volk der Welt sind; je weiter wir uns in der Welt ausbreiten, desto besser für die Menschheit. ... Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werde ich Mitglied des Freimaurerordens. Ich sehe den Reichtum und die Macht, die sie besitzen, den Einfluß, den sie ausüben ... Warum sollte man nicht eine Geheimgesellschaft bilden mit einem einzigen Ziel - der Förderung und Erweiterung des Britischen Empire, um die gesamte, noch nicht zivilisierte Welt unter britische Herrschaft zu bringen, um die Vereinigten Staaten zurückzugewinnen und die Angelsachsen in der ganzen Welt zu einem einzigen Empire zusammenzufassen. ...

Es ist unsere Pflicht, jede Gelegenheit zu ergreifen, mehr Land zu erwerben, und wir sollten uns diese Idee beständig vor Augen halten: Mehr Land bedeutet einfach mehr von der angel-

sächsischen Rasse, mehr von der besten, menschlichsten, ehrenhaftesten Rasse, die die Welt besitzt. Um einen solchen Plan zu fördern, wäre eine Geheimgesellschaft eine großartige Hilfe, eine nicht öffentlich bekannte Gesellschaft, sondern eine, die im geheimen für ein solches Ziel arbeitet. ...

Schaffen wir dieselbe Art von Gesellschaft oder Kirche (wie die römische Kirche) für die Ausdehnung des Britischen Empire, eine Gesellschaft, die in jedem Teil des Britischen Empire ihre Mitglieder hat, die für ein einziges Ziel, für eine einzige Idee arbeiten, die ihre Mitglieder an unseren Universitäten und in unseren Schulen unterbringt und darauf achtet, daß die englische Jugend durch deren Hände geht. ... Die Gesellschaft sollte Teile der Presse inspirieren oder sogar besitzen, denn die Presse beherrscht das Bewußtsein anderer Menschen (a.a.O. S. 842, 843).

Von der Verwirklichung dieses Planes war er sein Leben lang besessen. 1888 erläuterte er in einem Brief an Nathan Rothschild, den er ins Vertrauen gezogen und zum Treuhänder seines Vermögens gemacht hatte, wie die geplante Gesellschaft zu organisieren sei: "Nehmen Sie die Satzung der Jesuiten und ersetzen Sie 'römisch-katholische Religion' durch 'Englisches Empire'."

Der Orden sollte als "eine Kirche zur Ausdehnung des Britischen Empire" funktionieren, um die Menschen zu unterweisen, dafür so zu arbeiten, "wie die Jesuiten für die römische Kirche arbeiteten." Doch Nathan Rothschild schien unfähig, seine Gedanken voll zu verstehen, so daß er W. T. Stead zu seinem weiteren Treuhänder machte. Stead unterstützte ihn voll und ganz darin, anstelle einer britischen Vorherrschaft eine English-speaking union unter Einschluß der USA anzustreben.

Rhodes und Stead, die fortan von "unserer Idee" sprachen, schwebte vor, das zentralistische Papsttum des 9. Jahrhunderts, das Nikolaus I. geschaffen hatte, als Modell für die geplante Geheimgesellschaft zu übernehmen, um ein "Papsttum der englischsprechenden Idee" einzurichten, das nur den veränderten Gegebenheiten der Neuzeit angepaßt werden müsse. "Das Papsttum muß verwestlicht, angliert oder amerikanisiert werden", um "Freiheit und lokale Selbstverwaltung" aufzunehmen, deswegen benötige man "einen Papst, der englisch denkt." (S. 847)

Nachdem W. T. Stead Cecil Rhodes mit den geistverwandten Earl Albert Grey, Alfred Milner und Reginald Baliol Brett (Lord Esher) bekannt gemacht hatte, nahmen 1891 die Pläne der "Geheimgesellschaft" konkretere Gestalt an. "Lord Esher war einflußreichster Berater des Prinzen von Wales und späteren Königs, Edwards VII., welcher auch den Freimaurergrad eines Großmeisters der Vereinigten Großloge von England innehatte.

Während seiner Regentschaft (1901-1910) empfing Edward VII. von Brett, der seitdem als Lieutenant-Governor von Windsor Castle diente, täglich einen ratgebenden Brief. Der Prinz von Wales war überzeugter Imperialist und wie Rhodes und Rosebery der Auffassung, daß die Welt soweit wie möglich unter die Herrschaft des höherwertigen Angelsachsentums fallen solle." (A.a.O. S. 854)

Brett war es, der Stead mit eigenhändig geschriebenen anonymen Artikeln und mit internen Informationen aus dem Kabinett der Regierung Gladstone versorgte, um auf diese Weise auf den politischen Kurs von Gladstones Druck auszuüben. Schließlich mußte Gladstone im März 1894 vom Posten des Premierministers zurücktreten und wurde von Lord Rosebery abgelöst, der als Liberaler Imperialist dem Kreis um Rhodes, Stead, Brett und Milner nahestand.

Stead wiederum notierte, wie man sich am 5.2.1891 die Funktionsweise der 'Gesellschaft' vorgestellt hatte: "... die ideale Regelung wäre, soweit es für uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt ersichtlich ist: Rhodes, General der Gesellschaft; Stead, Brett und Milner bilden die Junta der Drei.

Nach Rhodes wäre Stead General, mit einem dritten in Nachfolge, möglicherweise (Nathan)

Rothschild; dahinter bilden (der katholische Kardinal Henry) Manning, die Booths (General William Booth von der Heilsarmee und Bramwell Booth), Klein-Johnston (H. H. Johnston, Eroberer von Kenia und Nyasa-Land), Albert Grey, Arthur Balfour einen Kreis von Initiatoren. Eine Assoziation der Helfer wird nachfolgen." (S. 855)

Der eng gefaßte "Kreis der Eingeweihten" hatte 1891/92 konkrete Gestalt angenommen, blieb aber im Hintergrund. In den Vordergrund trat die von Rhodes finanzierte Vergabe von Stipendien, "mit deren Hilfe die jugendliche Elite aus den Kolonien und den USA, aber auch aus Deutschland, an der Universität Oxford im britischen Geist erzogen werden sollte," um so "dem inneren Orden der imperialen 'Kirche' das benötigte 'Fußvolk' zu verschaffen - nämlich Menschen, die in ihren Gedanken-, Willens- und Empfindungsformen tief von der in Oxford herrschenden 'Aura' vorgeprägt sein sollten" (S. 857). Jährlich gelangen so seit 1904 knapp 70 Studenten nach Oxford; wegen der Stipendien-Dauer von 3 Jahren befinden sich zu jeder Zeit rund 205 Stipendiaten dort. (S. 870).

Der wachsende Einfluß Alfred Milners

Um 1900, wenige Jahre vor dem Tode Cecil Rhodes, verlor W. T. Stead dessen Vertrauen, "weil er sich öffentlich gegen das Vorgehen der Limps im Burenkrieg gewendet hatte" (in dem Rhodes und Alfred Milner die treibenden Kräfte waren) und sich auch nicht an die Geheimhaltungspflicht hielt. Doch trotz seiner Kriegskritik organisierte er 1899 in der Presse eine Invasionshysterie gegen Deutschland. Er streute das nachhaltige, vom Foreign Office weiter verwendete Gerücht, Berlin organisiere eine antibritische Koalition und bereite eine Invasion der britischen Inseln vor. Die Wirkung der so erzeugten Hysterie in der Öffentlichkeit sollte die gesamte Zeit bis zum Kriegsausbruch 1914 mitbestimmen. (S. 863, 864)

An seiner Stelle rückte Alfred Milner zum geistigen Nachfolger von Rhodes auf, der kurz vor seinem Tod sagte: "Vertraut immer Milner." Und er setzte ihn in seinem letzten Testament zum Treuhänder seines Vermögens (Rhodes-Trust) und der Stipendienvergabe ein. So führte Milner nach 1902 die Gedanken von Cecil Rhodes in selbständiger Weise aus. Organisationssekretär des Trusts wurde sein alter Freund und Inspirator aus Oxford, der Kanadier Sir George Parkin (1846-1922), "der nach Aussage seines Schwiegersohns 'Gott und Oxford und das Britische Empire niemals richtig auseinanderhalten konnte.'

Als Vorsitzender des Treffens des Royal Colonial Institute am 13. November 1906 erörterte Parkin das Ziel einer engeren imperialen Föderation der englischsprechenden Völker mit dem Verweis auf 'die kommende existentielle Krise'(worunter ein kommender Krieg verstanden wurde), in der 'wir als vereintes Volk aus den verschiedenen Teilen der Welt handeln werden.'" (S. 867-869)

"Milners Mitarbeiter, Leo Amery, bekannte rückblickend im Jahre 1952: Wenn auch die Vision von Rhodes stammte, so war es doch Milner, der gut zwanzig Jahre hindurch verlässlich die Grundfesten eines Systems errichtete, dessen Macht, die Lebensanschauung und die geistige Verwandtschaft einer stetig wachsenden Gemeinschaft von Menschen in der gesamten englischsprechenden Welt zu formen, nur schwerlich übertrieben werden kann." (S. 870)

"Milner knüpfte nach 1902 beständig neue Fäden. Allmählich bildeten sich mehrere lockere Kreise und Gruppen, deren Mitglieder in den meisten Fällen keineswegs das gesamte Geflecht überblickten. Milners alter Studienfreund Arthur Glazebrook sprach 1914 von einer 'Armee von Milnerianern', die allesamt von deiner Führung und Inspiration abhängen". (S. 871)

Die sehr guten Kontakte zu dem amerikanischen Bankier J. P. Morgan, der sich im Sommer oft mit König Edward VII. in England zu Golf- und Jagdpartien traf, sollten Lord Milner ebenfalls noch zugutekommen. "Schließlich wurde er vor dem Krieg Großaufseher der Vereinigten Großloge von England, der König Edward VII. als Großmeister vorstand." (S. 872)

Durch die Freimaurerei und seinen langjährigen Mentor Lord George Goschen (1831-1907, Erster Lord der Admiralität 1871-1874 und 1895-1900, Schatzkanzler 1887-1892) öffnete sich

ihm ein weiterer Kreis einflußreicher konservativer Politiker, die von Robert Gascoyne-Cecil (Lord Salisbury 1831-1903, Premierminister 1886-1892, 1895-1902 und Kanzler der Universität Oxford 1869-1903) sowie - nach dessen Tod - von Arthur James Balfour (1848-1930, Schatzkanzler 1895-1902, Premier 1902-1905) dominiert wurden.

"Die Angehörigen des 'Cecil-Clans' prägten das gesellschaftliche Leben in vornehmen Londoner Dinnerclubs ... und bestückten mit Hilfe von zahllosen Verwandtschafts- und Heiratsbeziehungen das politische Leben, das Erziehungs- und Pressewesen der britischen Insel mit Männern ihres Vertrauens. Durch sie erhielt Milner den politischen Einfluß, den er zur Durchsetzung seiner Ziele benötigte" (S. 872-873).<<

Der niederländische Autor Mees Baaijen schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die arglistigen Machenschaften des globalen Terrorimperiums (x337/156-157): >>... Nun stehen solide Beweise zur Verfügung, um die Arbeit der versteckten Hände hinter dem Ersten Weltkrieg und den begleitenden Machenschaften für eine neue Weltordnung nachzuweisen. ...

Die gleichen Leute - House, Baruch, Wilson, Milner, Schiff, Hoover, die Brüder Warburg, die Rothschilds und Rockefellers und viele andere, die hier nicht erwähnt wurden - tauchen immer wieder in führenden Rollen auf all den entscheidenden Schauplätzen auf, an denen sich dieses in Szene gesetzte böse Spiel entfaltet hat: bei der Störung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa; bei der Destabilisierung und Zerschlagung von Imperien; bei den finanziellen, politischen, militärischen, logistischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen und Operationen; bei der Übernahme oder Schaffung der zionistischen und kommunistischen "Basis-Bewegungen", um sie in der gewaltsamen Teile- und Herrsche-Politik zu verwenden; bei der Versailler "Friedenkonferenz", um weitere Kriege sicherzustellen; beim Projekt Weltordnungspolitik im Rahmen des Völkerbundes und hinter regionalen und globalen Organisationen zur Zentralisierung der Regierung.

All das wird listigerweise als die einzige Lösung ausgegeben, um regionales oder globales Chaos und Krieg durch "Frieden, Demokratie und Wohlstand" zu ersetzen - und zwar unter der verdeckten Kontrolle der internationalen Bankiers.

... Zigtausende an Publikationen wurden nach den Vorgaben der falschen amtlichen Darstellung geschrieben, in der unglückliche Zufälle die hauptsächliche und unbedarfte Erklärung für das ganze Gemetzel und Blutvergießen abgeben. Uns allen wurden die gleichen Geschichten in der Schule oder an der Universität, bei feierlichen Gedenkfeiern und auf Mahnmalen, im Fernsehen und im Kino und über unzählige reißerische und seriöse Bücher eingetrichtert. Die großen Lügen wurden so in unserem Geist als die Wahrheit eingepägt, daß sie zum Teil unserer Identität geworden sind. ...

Diese Tatsache ist den von den Bankiers eingesetzten "Managern der Wahrnehmung" natürlich wohlbekannt. Wenn uns also die Wahrheit erzählt wird - die Briten und Amerikaner hätten das Blutbad des Ersten Weltkrieges vorbereitet und betrieben, und der Zionismus und Kommunismus in Rußland und anderswo seien von den internationalen Bankiers zu Gunsten ihres Projekts Neue Weltordnung finanziert und aufgebaut worden -, dann lehnen wir den Berichterstatter sofort als irrationalen, paranoiden, verrückten und wahrscheinlich gewalttätigen "Verschwörungstheoretiker" ab.

Im Jahr 2018 werden 100 Jahre seit dem Ende des Ersten Weltkriegs vergangen sein, und ebenso lange gibt es die Schachzüge der Bankiers für eine Weltregierung im Stil von 1984 oder *Schöne Neue Welt*. 2018 könnte das geeignete Jahr sein, um ein Gerichtstribunal wegen des Ersten Weltkriegs zu organisieren, in dem alle verfügbaren Beweise vorgelegt würden, um posthum die Architekten des Völkermords zu verurteilen und um ein für alle Mal der Öffentlichkeit und den Politikern klarzumachen, daß "alle Kriege Bankierskriege sind", auch die heutigen.

Es ist zu spät, um Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber ein solches Ereignis könnte für Menschen auf der ganzen Welt als Augenöffner dienen und dazu beitragen, das Projekt Neue Weltordnung der Bankiers mit seiner Angst- und Kriegsstrategie zu verstehen. Es ist heute immer noch in Gang und wird weitergehen, wenn wir, das Volk, es nicht verhindern.<<

Der deutsche Autor Dr. Helmut Roewer schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/227): >>... Die vorsätzliche nunmehr 100-jährige Falschinformation über diese Dinge war sehr erfolgreich. Noch heute wird das Märchen von den deutschen Welteroberungsplänen, die angeblich den Krieg auslösten, für bare Münze genommen. Es soll ein barbarisches Hohenzollern-Regime hierfür die Verantwortung tragen. Dem hätten sich die friedfertigen demokratischen Staaten widersetzen müssen, um nicht unterzugehen. Das Für-wahr-Halten solcher Lügen beruht auf einem einfachen Mechanismus, den man als "Propaganda" bezeichnet.

Es geht bei der Propaganda um die stete Wiederholung einer Falschinformation, bis der Zuhörer sie für eine nicht hinterfragbare Tatsache hält. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 27. Juni 2019) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Kriegsschuld der Deutschen (x940/...): >>**Versailles 1919 - Die Unterwerfung Deutschlands unter das Kriegsschuld-Diktat**

Am 28. Juni 2019 jährte sich zum 100. Mal der Tag, an dem die Vertreter Deutschlands erpreßt wurden, das Versailler Diktat zu unterzeichnen und die Lüge von der deutschen Kriegsschuld zu akzeptieren - ein folgenschweres Ereignis, das die weitere äußere und innere Zerstörung Mitteleuropas bis heute bestimmt hat. Um so wichtiger ist es, die wahren Kriegstreiber aufzuzeigen, wie sie heute nachgewiesen werden können. Der Deutsch-Franzose Cyril Moog stellt aufgrund der Forschungen schottischer Historiker übersichtlich das Netzwerk dar, das gegen Mitteleuropa geknüpft wurde (Herbert Ludwig).

Ein Gastbeitrag von Cyril Moog

"Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

So lautet der Artikel 231 des "Friedensvertrages" von Versailles, den die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 im Schloß von Versailles unterzeichnen mußte, um nicht zu riskieren, daß Deutschland besetzt und die britische Seeblockade, die zu Hunderttausenden von zivilen Toten in Deutschland und Österreich-Ungarn, aber auch in neutralen Staaten wie Dänemark führte, weiterhin aufrecht erhalten werden würde.

Dagegen vertritt der australische Historiker Christopher Clark die These, daß die "Schuld" für den Ersten Weltkrieg keineswegs bei einem einzigen Akteur zu finden sei. Vielmehr sieht er die Ursache in einer verhängnisvollen Kette von Entscheidungen verschiedener Akteure, die zum Krieg geführt haben sollen.

Mit seinem Titel *The Sleepwalkers* (deutsch: *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, 2012) greift Clark das scheinbar versöhnliche Diktum des ehemaligen britischen Premiers David Lloyd George aus den 1920er Jahren auf, demzufolge keine der europäischen Mächte den großen Krieg wirklich gewollt habe. Vielmehr seien sie alle mehr oder weniger schlafwandelnd blind in die Katastrophe "hineingeschlittert".

Was, wenn es einen solchen Kriegswunsch eben doch gegeben hat? Was, wenn der Krieg erwünscht und von langer Hand geplant gewesen ist - allerdings nicht von deutscher Seite? In ihrem 2013 erschienenen Buch *Hidden History: The Secret Origins of the First World War* offenbaren Gerry Docherty und Jim Macgregor, wie unser Bild von den damaligen Ereignis-

sen in einem ganzen Netz vorsätzlicher Lügen besteht, das die damaligen Siegermächte sorgfältig gestrickt haben, damit es sich tief in der Psyche festsetzt.

Die beiden schottischen Historiker stützen sich dabei auf Fakten und Indizien, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ans Tageslicht gekommen sind: Tatsächlich habe nicht Deutschland den Ersten Weltkrieg zu verantworten, sondern ein einflußreicher Zirkel in Großbritannien, der lange vor Beginn des Krieges die militärische Niederwerfung Deutschlands angestrebt habe.

Am Anfang war die Angst

Die bislang weitgehend unbekannte Geschichte, wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte, beginnt mit der Angst: der gemeinsamen Furcht einiger Angehöriger der englischen Oberschicht, daß eine Wachablösung anstehen würde, sollte nicht sehr bald etwas äußerst Radikales geschehen. Deutschland war drauf und dran, in wichtigen Bereichen wie Technik und Forschung, Industrie und Handel an England vorbeizuziehen.

Daraufhin wurde im Jahr 1891 in London von Mitgliedern der englischen Herrscherklasse eine Geheimgesellschaft gegründet, deren Ziel nichts Geringeres als die Weltherrschaft war. Zu diesem Zweck sollte das *British Empire* reformiert und auch die engen Verbindungen zwischen Großbritannien und den USA erneuert werden. *"Im innersten Kreis des von Cecil Rhodes gegründeten und finanzierten Geheimbundes stand eine handverlesene Gruppe von Männern, die heimlich die britische Kolonial- und Außenpolitik kontrollierte."*

Dazu gehörten William T. Stead, einer der einflußreichsten Journalisten seiner Zeit, und Lord Esher, der in den letzten Regierungsjahren Queen Victorias die Interessen des Königshauses vertrat und sowohl unter König Edward VII. als auch unter König George V. die imperiale Politik steuerte. Die Gesellschaft konnte zudem auf den großen Einfluß zurückgreifen, den die Familien Salisbury und Rosebury schon seit Langem in der britischen Politik innehatten. Auch King Edward VII. und die dem britischen Establishment sehr nahestehende internationale Bankiersfamilie der Rothschilds konnte miteingebunden werden. ...

Südafrika

Mithilfe massiver Investitionen seitens der Familie Rothschild war Cecil Rhodes in der Lage, mit Gold und Diamanten in Südafrika ein enormes Vermögen anzuhäufen. Hinzu kam, daß die Krone ihm die Erlaubnis erteilte, die *British South Africa Company* zu gründen, durch die er in den Genuß einer eigenen privaten Polizei und einer Armee kam, mit deren Hilfe den Eingeborenen auf brutale Weise mehr und mehr Land abgenommen wurde.

Als der Geheimbund um Rhodes den Entschluß gefaßt hatte, sich das Transvaal-Gold zu sichern, wurde ein unausgeglichener Plan für eine Invasion entwickelt, die dann auf peinliche Weise scheiterte. Daraufhin übernahm Alfred Milner, ein enger Vertrauter von Cecil Rhodes, die Leitung. Es gelang ihm, zum Hochkommissar der Kapkolonie ernannt zu werden, nur um anschließend einen erneuten Krieg gegen die Buren vom Zaun zu brechen.

Während der Kampfhandlungen wurden den Briten jedoch mehrere schwere Niederlagen zugefügt. *"Das britische Heer brauchte nicht lange, um eindrucksvoll zu beweisen, daß es für den Krieg in Südafrika nicht geeignet war."*

Das Blatt wendete sich erst am Anfang des Jahres 1900, nachdem Feldmarschall Lord Roberts und dessen Stabschef General Lord Kitchener mit 60.000 Mann Verstärkung in Südafrika eingetroffen waren.

Als die Buren zu einem für die Briten äußerst verlustreichen Guerillakrieg übergingen, wandte Kitchener eine Strategie der "verbrannten Erde" an: Die Farmen in den Guerillagebieten wurden zerstört, die Ernten vernichtet und an die 120.000 Farmbewohner, vor allem Frauen und Kinder, in von Alfred Milner abgesegnete Konzentrationslagern interniert. Aufgrund katastrophaler Lebensbedingungen starben 26.000 Frauen und Kinder an Hunger und Krankheiten.

1905 kehrte Milner dann nach Großbritannien zurück, von wo er das nächste Ziel besser anvi-

sieren konnte: das deutsche Kaiserreich.

Deutschland wird ins Visier genommen

Deutschlands wirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Aufstieg wertete die Geheime Soziopathen-Elite um Alfred Milner - Cecil Rhodes war bereits im Jahr 1902 verstorben - als direkte Bedrohung für ihre Weltherrschaftspläne. Zunächst würde man Verbündete für den Waffengang gewinnen müssen, die marode Armee mußte generalüberholt werden und auch die Royal Navy würde ihren historischen Vorsprung nicht einbüßen dürfen.

Außerdem mußte man mit propagandistischen Methoden auch die Öffentlichkeit auf deutschfeindlichen Kurs bringen. König Edward VII., seit 1874 Großmeister der Vereinigten Großloge von England und Protektor der britischen Freimaurerei, ließ sich in die Pläne einbinden und wurde zum Architekten der *Entente Cordiale*, Lord Esher zum Dreh- und Angelpunkt der Bemühungen, die Armee zu modernisieren.

Marokko - der erste Versuch

In der bereits 1904 von London und Paris unterzeichneten *Entente Cordiale* wurden die britische Kontrolle über Ägypten und das Interesse Frankreichs an Marokko bekräftigt. Als Frankreich dazu ermutigt wurde, ein internationales Abkommen mit Marokko zu brechen, um Deutschland damit zum Krieg anzustacheln, schlug Kaiser Wilhelm II. jedoch vor, das Thema einfach auf einer Konferenz mit internationaler Beteiligung zu klären. Unterdessen lehnte das französische Parlament die Kriegstreiberei des französischen Außenministers Théophile Delcassé ab, der die volle Rückendeckung durch König Edward VII. genoß, und zwang ihn zum Rücktritt. Die Geheime Elite erkannte, daß man die französische Regierung erst noch viel gründlicher würde korrumpieren müsse.

Ein weiterer Verbündeter - das Zarenreich

Auch das Zarenreich sollte zu einem Bündnispartner gegen Deutschland gemacht werden. Mit Hilfe des russischen Außenministers Alexander Iswolski, der von der Geheimen Elite finanziert wurde und fortan einen Bündniskurs mit Großbritannien verfolgte, wurde 1907 ein Abkommen unterzeichnet, das Streitfragen zwischen den beiden Mächten in Afghanistan, Persien und Tibet löste.

Um Rußland schließlich in die *Entente Cordiale* einzubinden, wurde King Edward VII. 1908 nach Reval entsendet, wo er sich mit dem Zaren traf. Edward ließ sich zu dem Treffen von seinen Beratern aus der Geheimen Elite und Mitgliedern des *Committee of Imperial Defence* begleiten, der Zar vor allem von Außenminister Alexander Iswolski, der nicht damit aufhörte, die Balkanstaaten gegen Deutschland und Österreich-Ungarn aufzustacheln. Die Bewegung für ein Groß-Serbien wurde dabei ermutigt, ihre Rachepläne nicht aufzugeben und sich auf spätere Einsätze vorzubereiten.

Eine neue Regierung in England

Noch während sich die Regierungszeit der Konservativen dem Ende näherte, hatten die Konservativen unter Balfour und Landsowne einen geheimen Unterausschuß ins Leben gerufen: das *Committee of Imperial Defence*. Das Gremium nahm geheime Militärgespräche mit Frankreich und Belgien auf. Das Thema: Wie würde man bei einem Krieg gegen Deutschland vorgehen? Als schließlich ein Regierungswechsel anstand, konnte die geheime Elite H. H. Asquith zum Premierminister machen, Richard Haldane zum Kriegsminister und Edward Grey zum Außenminister, so daß die Außenpolitik nahtlos fortgesetzt werden konnte.

Alle drei waren enge Freunde und Bewunderer Alfred Milners, mit dem sie regelmäßig in Kontakt standen. Sämtliche Informationen zu ihren Aktivitäten verheimlichten sie vor dem liberalen Kabinett, um in aller Ruhe weiter auf einen Krieg mit dem Deutschen Reich zuzusteuern. Während Außenminister Grey die Pläne für den Krieg weiter vorantrieb, gab Kriegsminister Haldane der Armee eine neue Struktur. Admiral Sir John Fisher wiederum verpaßte der Flotte eine radikale Modernisierung: die Kriegsschiffe sollten fortan mit Öl befeuert wer-

den. Später übernahm Winston Churchill diese Aufgabe.

Die Reihen schließen sich

Die Geheime Elite wollte in der Öffentlichkeit das Gefühl vermitteln, daß Deutschlands Flottenbauaktivitäten eine Bedrohung für Großbritannien darstellten. Zu diesem Zweck förderte Lord Northcliffe in seinen Blättern ausgedachte Schauergeschichten über eine deutsche Invasion in England, ebenso über zahlreiche deutsche Spione, die angeblich verdeckt im Land agierten. Währenddessen wurden überall im Empire Ableger der Geheimgesellschaft gegründet, um die "Dominions" stärker zu einer Einheit zu verschmelzen und auf den Krieg vorzubereiten; auch die USA sollten stärker eingebunden werden.

Schon Cecil Rhodes hatte erkannt, daß die USA eine zentrale Rolle würden spielen müssen, wenn man eine Welt anstrebe, die von der "angelsächsischen Rasse" dominiert werden sollte. In den USA sammelte sich die wirtschaftliche Macht immer stärker in einigen New Yorker Familiendynastien, darunter die Häuser Morgan und Rockefeller.

Auch die Rothschilds waren eng mit Morgan sowie mit anderen aufstrebenden Kreditinstituten wie etwa Kuhn, Loeb & Co., Jacob Schiff und Paul Warburg verbunden. Der Geldadel in den USA wirkte massiv auf die Präsidentschaftswahlen von 1912 ein, damit seine Marionette Woodrow Wilson zum Präsidenten gewählt wurde. Wilson ermöglichte anschließend die Gründung des Federal Reserve Systems im Jahre 1913, das US-amerikanische Zentralbankensystem, mit dem maßgeblich der Erste Weltkrieg finanziert werden konnte.

Der zweite Versuch - Fes und Agadir

1911 wurden Gerüchte einer Rebellion in Fes gestreut. Daraufhin setzte Frankreich ein großes Truppenkontingent in Marsch, das sich dann als Besatzungsarmee entpuppte. Deutschland protestierte lediglich, indem es ein kleines Kanonenboot nach Agadir entsandte. Dies wurde allerdings von der Geheimen Elite maßlos übertrieben: Man behauptete, Deutschland wolle in Agadir einen Marinestützpunkt errichten und von dort aus die Seefahrtswege bedrohen.

In Frankreich selbst widersetzte sich der neu gewählte Ministerpräsident Joseph Caillaux den Kriegshetzern und nahm Verhandlungen mit dem Deutschen Reich auf. Erneut also gingen die Deutschen nicht in die Falle und handelten schon wieder eine diplomatische Lösung aus. Die Geheime Elite würde die vollständige Kontrolle über die französische Regierung übernehmen müssen.

In ganz Europa, in Großbritannien und im Empire suchte sich die Geheime Elite Politiker und Diplomaten, die sie nach ihrem Willen formen konnte. In Paris setzte sie Alexander Iswolski, inzwischen russischer Botschafter in Paris, darauf an, den amtierenden französischen Ministerpräsidenten Caillaux zu schwächen, und ihn durch Raymond Poincaré ersetzen zu lassen, einen überzeugten Revanchisten.

Unter Poincaré verwandelte sich das französisch-russische Bündnis von einem Verteidigungsabkommen hin zum Kriegsabkommen. 1914 hielten französische Banken über 80 Prozent der russischen Staatsschulden: Poincaré und seine Förderer koppelten die Darlehen an die Bedingung, daß Rußland sein Militär ausbaue und das Eisenbahnnetz so modernisiere, daß sich die Truppen schneller gegen Deutschland in Stellung bringen lassen könnten. Die Rothschild-Häuser in London und Paris arbeiteten Hand in Hand daran, Rußland über verschlungene Kanäle mit dem notwendigen Kapital zu versorgen.

Pulverfaß Balkan

Als das Jahr 1912 anbrach, war es der Geheimen Elite bereits zweimal mißlungen, das Deutsche Reich zu einem Krieg anzustacheln. Marokko schien sich also dafür nicht zu eignen, so daß Agenten der Geheimen Elite die schwelenden nationalistischen Spannungen auf dem Balkan anfachten mit dem Ziel, die ganze Region in einen Brandherd zu verwandeln.

Die Kommandokette lief vom Foreign Office zu Iswolski in Paris, weiter zu Außenminister Sergei Dmitrijewitsch Sasonow in Rußland und schließlich zum russischen Botschafter in

Belgrad Nikolaus Hartwig, der als Panslawist die expansionistischen Bestrebungen Serbiens gegen Österreich-Ungarn unterstützte.

Außenminister Sasonow meldete dem Zaren, daß sich die Briten insgeheim verpflichtet hatten, Frankreich bei einem Krieg mit Deutschland zu unterstützen. Entsprechend ermutigt, taten sich die Russen mit dem serbischen Nationalisten Oberst Apis und dessen Organisation "Schwarze Hand" zusammen, um das Attentat gegen den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand vorzubereiten.

Als seine Ermordung gelungen war, sorgte die Geheime Elite dafür, daß sich die Morde in Sarajewo zu einer umfassenden Krise auswuchsen. Dabei erhielt Österreich-Ungarn zunächst eine Menge geheuchelter Unterstützung; auch Deutschland wurde mit Freundschaftsbekundungen und Sympathiebeteuerungen hinters Licht geführt.

Auf diese Weise wurde Graf Berchtold, seit 1912 österreichischer Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern, schließlich zu einer kühnen Reaktion ermutigt: Er würde der serbischen Aggression ein für alle Mal ein Ende bereiten. Mit anderen Worten: Er würde in die britische Falle tappen und Deutschland getreulich folgen. Wie bereits 1912 reiste der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré nach Sankt Petersburg und bekräftigte sein Versprechen, daß Frankreich, sollte Deutschland Österreich beistehen, an der Seite Rußlands in den Krieg ziehen würde.

Im Parlament, in der Presse und in Diplomatenkreisen wurde Deutschland unterdessen vorgezogen, daß sich die Beziehungen zu Großbritannien deutlich gebessert hätten. Dabei trieben die Agenten der Geheimen Elite ihre Vorbereitungen für die Zerstörung des Kaiserreiches immer weiter voran.

Serbiens Antwort auf Österreichs Forderungen setzte schließlich die Falle in Kraft, die man Graf Berchtold gestellt hatte. Während der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg noch verzweifelt nach Wegen suchte, den Frieden zu wahren, und auch Graf Bechtold nun bereit war, "einen Schritt vom Abgrund" wegzutreten, genehmigte der Zar am 26. Juli eine Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte. Daß die Generalmobilmachung durch eine Großmacht die erste Kriegshandlung war, galt als allgemein akzeptierte Tatsache.

Am 1. August sandte der russische Botschafter Alexander Iswolski ein Telegramm aus Paris nach Sankt Petersburg: "Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe." Also fast 24 Stunden bevor Deutschland die Generalmobilmachung verkündet und Rußland den Krieg erklärt hatte. Um 16 Uhr gingen aus dem zentralen Telegrafenamts in Paris Telegramme mit dem Befehl der Geheimmobilmachung ab.

Zu diesem Zeitpunkt hatten auch Serbien, Österreich, Rußland, Frankreich und Großbritannien auf die eine oder andere Weise damit begonnen, ihr Militär vorzubereiten. Einzig das Deutsche Reich hatte noch nichts unternommen. Erst nachdem der Kaiser 24 Stunden lang vergeblich auf eine Antwort seiner telegrafischen Forderung gewartet hatte, Rußland solle sämtliche Truppenbewegungen entlang der Grenze einstellen, befahl er die Generalmobilmachung.

So entschloß sich das Deutsche Reich als letzte der europäischen Großmächte zu diesem unwiderruflichen Schritt, der ihm von der Entente Cordiale aufgenötigt wurde. "Wie", fragen Docherty und Macgregor, *"paßt das zu der Behauptung, Deutschland habe den Ersten Weltkrieg begonnen? ... Was sonst hätte Deutschland tun können? Entweder geduldig die eigene Vernichtung abwarten oder zuschlagen, um sich zu verteidigen. Damit die deutschen Streitkräfte bei einem Zweifrontenkrieg überhaupt eine Chance hatten, mußten sie blitzartig Erfolge einfahren."*

Eine gerechte Sache

Der britische Außenminister Edward Grey wußte mittlerweile, daß die britische Öffentlichkeit

nicht zum Krieg bereit wäre, wenn Deutschland nicht klar als Aggressor hingestellt werden könnte. Also benötigte er noch unbedingt eine vermeintlich gerechte Sache, um die Briten mit in den Krieg zu reißen: Man fand sie im "tapferen kleinen Belgien", das man vor den verachtenswerten "Hunnen" beschützen müsse.

Als der deutsche Botschafter in London den Vorschlag unterbreitete, daß Belgiens Souveränität gewahrt bliebe, insofern Großbritannien dafür seine Neutralität versprechen würde, bekam er von Außenminister Grey keine aufrichtige Antwort. Statt dessen log er, daß es vorläufig nicht die geringste Absicht gebe, feindlich gegen Deutschland vorzugehen. Auf diese Weise sorgte Grey dafür, daß jedes Angebot von Frieden und Neutralität aus Berlin abgelehnt oder zurückgehalten wurde.

Gleichzeitig zeigte er sich über das deutsche Verhalten überaus empört: Angeblich habe das Kaiserreich alle Bemühungen um Einigung abgetan, um stetig auf den Krieg zuzumarschieren. Dabei wußte er nur zu gut, daß Deutschland notwendigerweise durch Belgien würde marschieren müssen, um sich gegen Frankreich zur Wehr zu setzen.

Am Abend des 2. August übergab der deutsche Botschafter in Brüssel den versiegelten Brief, den Generaloberst Moltke, der Chef des deutschen Generalstabs, ihm vorher zur Aufbewahrung zugestellt hatte. In dem Schreiben hieß es, Deutschland habe verlässliche Informationen, daß Frankreich durch Belgien marschieren und das Kaiserreich angreifen wolle.

Deutschland sei als Reaktion darauf seinerseits gezwungen, in Belgien einzumarschieren. Wenn sich Belgien nicht in den Weg stelle, verspreche Deutschland, nach Ende des Krieges und mit Friedensbeginn das Territorium zu räumen, für alle entstandenen Schäden aufzukommen und die Lebensmittel zu bezahlen, welche von den deutschen Truppen verbraucht würden.

Sollte Belgien die deutschen Einheiten dagegen nicht widerstandslos passieren lassen, sehe Deutschland sich leider gezwungen, Belgien als Feind zu betrachten. Der belgischen Regierung wurden zwölf Stunden Zeit für eine Antwort gegeben, also bis 7 Uhr am Morgen des 3. August. König Albert I. von Belgien schickte Sir Edward Grey eine Botschaft: Belgien werde das deutsche Ansinnen ablehnen, man bitte um die Hilfe Großbritanniens.

Als nun endlich feststand, daß Deutschland die belgische Neutralität definitiv verletzen würde, ließ Außenminister Grey seine heuchlerische Maske fallen und *"machte sein Engagement für eine Sache öffentlich, die nicht benannt werden konnte - den Vernichtungskrieg, den die Geheime Elite gegen Deutschland führen wollte"*.

Im Kabinett ging es nun schlagartig um die Loyalität gegenüber Belgien. Sollten die Briten einfach tatenlos mit ansehen, wie Belgien unter die Räder kommt, wäre der Ruf des Empire auf ewig beschädigt. In Wirklichkeit hatte es bereits seit 1906 streng geheime Militärabkommen zwischen Belgien und Großbritannien gegeben: bis in die kleinsten Details hatten Briten und Belgier ihre Militärtaktik geplant und aufeinander abgestimmt.

Die Neutralität Belgiens war also nichts weiter als eine weitere Lüge, eine Täuschung, die man psychologisch sehr geschickt aufrechterhalten hatte, um die Briten vom Krieg gegen Deutschland zu überzeugen und die Deutschen als Bösewichter darstellen zu können. Nun erklärte Grey im Unterhaus, daß Großbritannien nicht tatenlos zusehen würde, sollte es zu einer Invasion Belgiens kommen, daß man Frankreich auf See unterstützen und Deutschland davon in Kenntnis setzen würde.

Am 3. August 1914 hielt Sir Edward Grey vor dem Unterhaus eine Rede, in der er noch einmal betonte, wie sehr er sich und seine Kollegen vom Foreign Office darum bemüht hätten, den Frieden in Europa zu bewahren. Er sprach vom furchtbarsten Verbrechen, das je die Seiten der Geschichtsbücher besudelte, dann eilte er aus dem Parlament, um Deutschland das schicksalhafte Ultimatum zu stellen - wohlwissend, daß die Besetzung Belgiens bereits im Gange war, die zentrale britische Forderung also nicht mehr zu erfüllen war. "Das Ultimatum

war somit im Grunde eine Kriegserklärung."

Dann unterschrieb König George V. am Abend des 4. August 1914 im Buckingham Palace die offizielle Kriegserklärung. So bekam die Geheime Elite endlich ihren Krieg gegen Deutschland, den sie seit so vielen Jahren angestrebt und geplant hatte. Kaum begonnen, wurde das Kaiserreich auch schon propagandistisch mit Schuld überhäuft.

Vier Jahre später, am 11. November 1918, wurde nördlich von Paris, im Wald von Compiègne, in dem Eisenbahnwagen von General Foch der Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichnet. *"Der Vertrag besagte, der deutsche Kaiser habe einen Expansionskrieg geführt und Europa tyrannisiert, während Großbritannien, Frankreich und Rußland alles getan hätten, um dies zu verhindern. Deutschland habe sich der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Freiheit, die je eine Nation beging, die sich selbst als zivilisiert bezeichnet, schuldig gemacht. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln - Universitäten, Presse, Kirchenkanzeln und dem gesamten Staatsapparat - trug die Geheime Elite diese falsche Schuldzuweisung in die Welt hinaus. Sie diffamierte den Kaiser und Deutschland und glorifizierte die Entente-Mächte."*

Gleichzeitig mußte die tatsächliche Verantwortung der britischen Elite für den Krieg vertuscht werden: die wahren Hintergründe sollte auch die Nachwelt niemals erfahren.

Tatsächlich waren diese Leute auch in der Lage, die für sie relevante Geschichtsschreibung zu kontrollieren - und zwar *"von der kleinsten Dorfschule bis hinauf zu den Elfenbeintürmen der akademischen Welt"*. Regierungsunterlagen wurden sorgfältig darauf überprüft, ob sie in die offizielle Version der Geschichte des Ersten Weltkrieges einfließen durften oder nicht. Potentiell belastende Unterlagen wurden verbrannt, aus den offiziellen Registern getilgt, vernichtet, gefälscht oder umgeschrieben.

Geschichte als Immunsystem

Wir können davon ausgehen, daß eine solche Betrachtung der Geschichte - ganz besonders, wenn es sich nun um die wahre Beschreibung historischer Tatsachen handelt - auch heute noch politisch mehr als unerwünscht ist; mit anderen Worten: "volkspädagogisch wertlos", weil eine solche Geschichte wohl nicht dazu beiträgt, die Deutschen "in Schach zu halten". Viele Menschen im In- und Ausland scheinen immer noch eine tief verankerte Angst davor zu haben, daß die Deutschen - sobald sie keine Schuld, oder auch nur weniger Schuld und Gewissensbisse verspürten, jene mörderische Bestie in sich wieder aufsteigen lassen könnten, die für einen Großteil der Greuel des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht wird.

Dabei sollte man nicht vergessen, daß gerade die offensichtlich ungerechtfertigte Schuldzuweisung in Bezug auf den Ersten Weltkrieg selbst nicht ganz unverantwortlich war am Erstarren des Nationalsozialismus. Schließlich diente sie als Rechtfertigung für die Kriegsreparationen, die von den Nationalsozialisten propagandistisch ausgeschlachtet wurden, um gegen die Weimarer Republik, um gegen Freiheit, Demokratie, ja gegen das sogenannte "internationale Judentum" zu wettern.

Selbst die Bundesrepublik wurde noch in die Pflicht genommen und mußte bis etwa 1983 14 Mrd. DM an Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg zurückzahlen. Eine stolze Summe, wenn man davon ausgeht, daß die Schuldzuweisungen auf Lügen beruhten. Hinzu kamen Zinsen in einer Höhe von 251 Millionen Mark aus den Jahren 1945 bis 1952, die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands ausgesetzt und schließlich ab dem 3. Oktober 1990 wieder fällig wurden, und schließlich am 3. Oktober 2010 getilgt wurden. Wichtiger ist jedoch die Frage, welche Wirkung dieses Schuldbewußtsein im Bereich des Seelisch-Geistigen hat.

Wenn es nun wirklich so ist, daß im deutschen Volk - im Sinne einer *"historisch gewachsenen Kulturgemeinschaft, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen"*, wenn in dieser deutschen Kulturgemeinschaft *"das tiefe Streben veran-*

lagt ist, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen und die Erkenntnis auf die hinter der Oberfläche wirkenden geistigen Kräfte zu erweitern, die den Erscheinungen zugrunde liegen", daß "der Deutsche", wie Friedrich Hebbel 1860 schrieb, "alle Eigenschaften hat, sich den Himmel zu erwerben", so kann man sich fragen, welche Folgen dieses Schuldbewußtsein für das Streben nach den geistigen Quellen des Daseins haben könnte.

Könnte es nicht sein, daß die Deutschen vor der eigenen inwendigen Hölle eine solche Angst haben, daß sie wie programmiert davor zurückschrecken, nach den Sternen zu greifen?

Womöglich wirkt das deutsche Schuldbewußtsein, das mit einer Dämonisierung der deutschen Kultur einhergeht, in allen seinen Facetten wie eine Art geistiges Immunsystem.

Betrachtet man nun all die Geschehnisse, die zu den zwei Weltkriegen geführt haben, aus einer geistigen Perspektive, dann können diese Weltkriege als diabolische Inszenierungen erscheinen, die u.a. auch dazu geführt haben, daß die Deutschen so sehr an sich selbst verzweifeln, daß sie keinen Gebrauch mehr von ihren spirituellen Eigenschaften machen, daß ihr Streben, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen, aufgeben, um sich nur noch rein weltlichen Dingen zu widmen.

Möge der Tag kommen, da die Deutschen und alle, die mit der deutschen Kultur auf die eine oder andere Weise verbunden sind, bei klarem Wissen um die grauenhaften Taten der Nationalsozialisten - Taten, die tatsächlich auch im Namen des deutschen Volkes begangen wurden - zurückfinden zu den lichten Quellen ihrer eigenen Kultur.

... Der Artikel wurde zuerst veröffentlicht in "Der Europäer" Februar 2019.

Von Cyril Moog ist ein neuer Roman erschienen: *Der neue Mensch - 1917-1923* ... <<

Der Völkerbund

Am 28. April 1919 nahm die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz die Satzung des Völkerbundes an. Die Satzung des Völkerbundes wurde damit ein Bestandteil des Versailler Vertrages.

Der Völkerbund nahm seine Arbeit im Januar 1920 in Genf auf und wurde ab 1922 durch den Internationalen Gerichtshof in Haag unterstützt. Die USA, die Sowjetunion und alle Verlierer des Ersten Weltkrieges waren keine Völkerbundsmitglieder. Nordamerika blieb dem Völkerbund auch später fern und schloß mit dem Deutschen Reich im August 1921 einen Separatfrieden, der die "Garantiemacht" USA schließlich aus allen Verpflichtungen des Versailler Friedens entließ.

Das Deutsche Reich und die Sowjetunion wurden erst 1926 bzw. 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Da die führende militärische Großmacht Nordamerika kein Mitglied des Völkerbundes wurde, konnte sich der Völkerbund nie richtig entfalten. Die mächtigsten Mitglieder des Völkerbundes waren die Siegermächte England und Frankreich, die jedoch weiterhin alle wesentlichen Nachkriegsprobleme direkt mit den betroffenen Nationen aushandelten. Der Völkerbund war deshalb zunächst nur ein Instrument, um das Versailler Unterdrückungssystem mit allen Mitteln durchzusetzen und zu erhalten.

Der Völkerbund sollte in erster Linie den Frieden sichern, die allgemeine Abrüstung beschleunigen und die Zusammenarbeit der Völker fördern. Der Völkerbund zeigte zwar Ansätze einer Welt-Friedensorganisation, aber diese internationale Organisation, die von den europäischen Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert wurde, war mit schweren Mängeln behaftet.

Der Völkerbundsrat konnte Beschlüsse grundsätzlich nur einstimmig fassen. Durch die Kopplung mit den "Friedensverträgen 1919/20" und wegen des Prinzips der Einstimmigkeit konnte man die bisherige traditionelle Bündnis- und Geheimpolitik der einzelnen Regierungen natürlich nicht verhindern.

Der Völkerbund war in den ersten Jahren hauptsächlich für die Durchführung und Überwa-

chung der Pariser Friedensverträge zuständig (Aufsicht über Danzig, Memelland, Kontrolle der Mandatsgebiete, Verwaltung des Saargebietes, Durchsetzung der Minderheitenschutzrechte usw.).

Die Minderheitenschutzverträge wurden ausdrücklich in den Friedensverträgen hervorgehoben. Der Völkerbund garantierte den ethnischen Minderheiten in den neugegründeten Staaten z.B. die staatsbürgerliche Gleichstellung, Freiheit der Sprache, freie Religionsausübung und Schulunterricht in der entsprechenden Muttersprache. Die neuen Nationalstaaten entwickelten sich jedoch frühzeitig zu radikalen Nationalitätenstaaten, so daß innere Spannungen zwischen den jeweiligen ethnischen Minderheiten und den nationalen Mehrheiten, die vielerorts schon seit Jahrzehnten für Unruhe gesorgt hatten, unentwegt zu schweren Konflikten führten.

Die Bearbeitung der zahllosen Beschwerden der unterdrückten Minderheiten erfolgte damals nur schleppend oder wurde größtenteils überhaupt nicht durchgeführt. Der Völkerbund gewährleistete weder den Minderheitenschutz noch überwachte er die Einhaltung der Friedensverträge (falls es sich um die berechtigten Interessen der "Verlierer" handelte).

Bis 1939 traten 14 der 63 Mitgliedstaaten aus dem Völkerbund aus. Der Völkerbund war später auch nicht in der Lage, Japan (Einfall in die Mandschurei im Jahre 1931) sowie Italien (Überfall auf Abessinien im Jahre 1935) zu stoppen und konnte die verbrecherischen Diktatoren Hitler und Stalin ebenfalls nicht in die Schranken weisen. Der erfolglose Völkerbund wurde schließlich am 18. April 1946 durch Beschluß der Völkerbundsversammlung aufgelöst.

US-Präsident Warren Harding (1865-1923, seit 1921 Präsident der USA) erklärte bereits im Jahre 1921, daß der Völkerbund ein Zwangsmittel der Sieger des Krieges geworden sei (x054/190).

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Völkerbund" (x051/607-608): >>Völkerbund, 1919/20 gegründete weltweite internationale Staaten-Organisation mit Sitz in Genf.

Die Satzung des Völkerbundes wurde am 28.4.19 durch die Vollversammlung der Pariser Friedenskonferenz angenommen, als Teil I (Artikel 1 bis 26) in alle Pariser Vorortverträge aufgenommen und trat mit der Ratifizierung des Versailler Vertrages am 10.1.20 in Kraft.

Initiator des Völkerbundes war US-Präsident Wilson; im letzten Punkt seiner Vierzehn Punkte vom 8.1.18 forderte er die Errichtung eines Völkerbundes.

Mitglieder des Völkerbundes anfangs 32 Kriegsgegner des Deutschen Reiches und 13 im Ersten Weltkrieg neutrale Staaten; 1920 wurden Äthiopien, Österreich und Bulgarien, 1922 Ungarn, am 8.9.26 das Deutsche Reich (wie im Locarnopakt vorgesehen), 1931 Mexiko, 1932 der Irak und die Türkei und 1934 die UdSSR aufgenommen. Brasilien (1926), Japan (1933), Deutschland (19.10. 33) und Italien (1937) traten wieder aus dem Völkerbund aus; die UdSSR wurde wegen ihres Winterkrieges gegen Finnland 1940 ausgeschlossen.

Die USA ratifizierten den Versailler Vertrag nicht und gehörten dem Völkerbund nicht an.

Organe des Völkerbundes:

1. die einmal jährlich tagende Völkerbundsversammlung, in der jedes Mitglied eine Stimme hatte;
2. der mehrmals im Jahr zusammentretende Völkerbundsrat mit Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, später auch mit Deutschland und der UdSSR als ständigen und neun für drei Jahre gewählten nichtständigen Mitgliedern;
3. das von einem Generalsekretär geleitete Ständige Sekretariat.

Zweck des Völkerbundes war, die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern zu stärken, für die Achtung ihrer territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit zu sorgen, ihre Sicherheit zu gewährleisten und so den Weltfrieden zu erhalten, etwa durch die Schlichtung zwischenstaatlicher Konflikte oder Bemühungen um eine internationale Abrüstung. Außerdem war der Völkerbund für die Verwaltung des Saarlandes (bis 1935) und der Freien Stadt Danzig, die Aufsicht über die sogenannten Mandatsgebiete (die ehemaligen deutschen Kolo-

nien in Afrika und ehemals türkische Gebiete in Asien) und für den Schutz nationaler Minderheiten zuständig.

Bei der Schlichtung von Streitigkeiten zwischen kleineren Staaten, auf kulturellem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet war der Völkerbund erfolgreich. Dagegen hatten weder seine Abrüstungsbemühungen Erfolg, noch konnte er militärische Konflikte, an denen Großmächte beteiligt waren (z.B. den Krieg Italiens gegen Abessinien 1935/36), noch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1939) verhindern.

Am 18.4.46 löste sich der Völkerbund selbst auf. An seine Stelle traten im selben Jahr die Vereinten Nationen.<<

Die Folgen des Versailler Vertrages

Die meisten Deutschen lehnten damals die Unterzeichnung des Vertrages entschieden ab, denn man verweigerte den Deutschen damals nicht nur das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht, sondern das Land war außerdem fast schutzlos und sollte unfaßbare Reparationen zahlen. Die deutschen Vertragsunterzeichner der Weimarer Republik wurden später unentwegt als Volksverräter ("Novemberverschreiber") beschimpft und verunglimpft.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x057/201,203): >>Entgegen der Zusicherung eines Friedens der Gerechtigkeit (14 Punkte Wilsons) legte die Entente dem Deutschen Reich einen Diktatfrieden vor. Die erste republikanische Regierung, die sich nach den Wahlen der Nationalversammlung (Januar 1919) gebildet hatte, unterzeichnete den Vertrag von Versailles (28. Juni 1919), um den drohenden Einmarsch feindlicher Truppen zu vermeiden. ...<<

>>... Das Deutsche Reich erlebte nach 1648 und 1806/07 einen neuen tiefen Sturz im Verlauf seiner tausendjährigen Geschichte. Durch Hunger zermürbt, von einer feindlichen Übermacht erdrückt, von seinen Bundesgenossen verlassen, von der Führung enttäuscht, innenpolitisch erschüttert, war das deutsche Volk gezwungen, den Kampf aufzugeben.

In ungezählten Gruppen und Parteien zerrissen, wirtschaftlich völlig erschöpft und seelisch gebrochen, mußte Deutschland seinen zerschlagenen Staat neu aufrichten, seine zerstörte Wirtschaft wieder aufbauen und neue Kraft sammeln zum Leben. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über den "Versailler Vertrag" (x283/204): >>... Washington hat zwar den Krieg entschieden, sich dann aber aus der Verantwortung für den Frieden gestohlen. Der Kongreß hat den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet.

Immerhin unterblieben die von der französischen Generalität geforderte Aufteilung Deutschlands in seine Bundesstaaten, die Auslieferung der Generale als "Kriegsverbrecher" und die Deportation Kaiser Wilhelms nach Curacao, wo das Quartier für ihn bereitstand.

Das Reizwort "Versailles" war die zugkräftigste Wahl- und Kriegsparole Hitlers. Die unbezahlbaren Reparationen überforderten nicht nur die Wirtschaft, sondern, schlimmer noch, sie belasteten die Regierung und das Weimarer System überhaupt, das in den Augen seiner Gegner von rechts wie von links zum schändlichen Erfüllungsgehilfen Frankreichs wurde. So stand die Demokratie auf schwachen Füßen ... So ist die Weimarer Republik gekennzeichnet durch die doppelte Spannung einerseits zwischen Links- und Rechtsextremisten, die sich allerdings im Kampf gegen Versailles einig waren, und andererseits in der Ablehnung der parlamentarischen Demokratie durch die Aktivisten auf beiden Flügeln des politischen Spektrums und die kaisertreuen Konservativen. ...<<

Der russische Politiker Lenin (1870-1924, eigentlich Wladimir I. Uljanow) schrieb später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>... Als Ergebnis dieses Krieges haben wir eine unvergleichlich schärfere Zuspitzung aller kapitalistischen Gegensätze. Der Krieg versetzt mit einem Schlage etwa eine Viertelmilliarde der Weltbevölkerung in eine Lage, die

mit der von Kolonien gleichbedeutend ist, nämlich Rußland, das mit 130 Millionen zu veranschlagen ist. Österreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien mit nicht weniger als 120 Millionen. Eine Viertelmilliarde von Menschen in Ländern, die teilweise wie Deutschland, zu den fortgeschrittensten, aufgeklärtesten, kultiviertesten gehören und technisch auf der Höhe des modernsten Fortschritts stehen.

Der Krieg zwang ihnen durch den Versailler Vertrag solche Bedingungen auf, das fortgeschrittene Völker in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit gerieten. Sie sind durch diesen Vertrag auf viele Generationen hinaus gebunden und in Verhältnisse versetzt, unter denen noch nie ein zivilisiertes Volk gelebt hat. ...

Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe der besiegten Länder Verhältnisse geschaffen, die eine materielle Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Existenz bedeuten, hat sie in Bedingungen völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung versetzt.<<

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schreibt später über die Folgen des Versailler Vertrages (x337/148): >>Nach Versailles unterstand Deutschland tatsächlich einer dezenten Besetzung. Deutschlands Unabhängigkeit war damals so vorgetäuscht wie zum Beispiel heute diejenige des Irak.

Eine Regierung, eine Flagge und eine Nationalhymne, das alles hat es gegeben, aber nicht die Fähigkeit, eigenständige Lösungen zu entwickeln. England und die USA konnten in Deutschland tun und lassen, was sie wollten, und wir können das Ergebnis sehen: endlose Wahlen, Hitlers vorzeitige Entlassung aus der Haft und dann seine Ernennung zum Kanzler. Zwischen 1918 und 1933 geschah in Deutschland nichts auf Geheiß der Deutschen selbst. ...<<

Churchill kritisierte später die verhängnisvolle Reparationspolitik der Ententemächte (x069/146): >>Diese Diktate drücken sowohl die Wut der Sieger aus wie den Irrtum der Völker, die nicht begriffen, daß keine Nation die Kosten des modernen Krieges ersetzen kann. Die breiten Massen hatten von den einfachsten wirtschaftlichen Tatsachen keine Ahnung, und die Parteiführer wagten mit Rücksicht auf die Wähler nicht, sie darüber aufzuklären

Nur wenige Stimmen erhoben sich, um darzulegen, daß Reparationszahlungen lediglich auf dem Wege von Dienstleistungen oder durch den Transport von Waren möglich seien, und daß diese Waren die Industrie der Gläubiger aus dem Gleise bringen müßten.

Die siegreichen Alliierten versicherten nach wie vor, sie würden die Deutschen "ausquetschen, bis die Kerne krachen". Das alles übte auf das Gedeihen der Welt und auf die Stimmung des deutschen Volkes gewaltigen Einfluß aus. ...<<

Der britische Premierminister David Lloyd George berichtete am 25. März 1919 über die Abtretung von deutschen Gebieten an Polen (x352/43): >>Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2,1 Mio. Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe der Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen.<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedensvertrages (x320/19): >>... Denn wenn wir bewußt auf die Verarmung Mitteleuropas hinarbeiten, dann wird - das wage ich vorherzusagen - die Rache nicht auf sich warten lassen. Nichts kann dann mehr lange den letzten Bürgerkrieg zwischen den Mächten der Reaktion und den verzweifelten Zuckungen der Revolution aufhalten, jenen Bürgerkrieg angesichts dessen die Schrecken des Krieges mit Deutschland ein Nichts scheinen werden, jenen Krieg, der, ganz gleich wer siegt, die Zivilisation und den Fortschritt unserer Generation vernichten wird.<<

Der französische Politiker Maurice Thorez (1900-1964) berichtete später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>... Der letzte Krieg war ein Raubkrieg und der Vertrag, der ihn beendete, war ein Raubvertrag, geheiligt von der Sozialdemokratie, die seine

Durchführung unterstützte. ...

Der Vertrag von Versailles bedeutet die Hegemonie Frankreichs, bedeutet die Unterwerfung Deutschlands unter ein brutales Joch, bedeutet die Unterdrückung Elsaß-Lothringens durch unseren Imperialismus, so wie es zuvor durch den Imperialismus Deutschlands unterjocht worden war. Versailles bedeutet die Unterdrückung der nationalen Minderheiten Europas, bedeutet die Balkanisierung Europas; es bedeutet die Reparationslast, die auf den Werktätigen der besiegten Länder lastet; es bedeutet ein System, in dem Frankreich dank seiner Bündnisse, dank der Länder, die es zu seinen Vasallen gemacht hat, vorherrschend ist. Ein derartiger Vertrag ist daher die größte Kriegsquelle der gegenwärtigen Stunde. ...

Eine der Hauptwaffen der Hitler-Propaganda ist die heftige Kritik an den Folgen des Artikels 231 des Vertrages, der sich auf die einseitige Verantwortung des Volkes Deutschlands im letzten Krieg bezieht.<<

Der französische Schriftsteller und Kritiker Anatole France (1844-1924, eigentlich Jacques-Anatole Thibault) schreibt später über den Versailler Vertrag (x340/198): >>... Der fürchterlichste aller Kriege hatte einen Friedensvertrag zur Folge, der kein Vertrag des Friedens ist, sondern die Fortsetzung des Krieges. Europa wird daran zugrunde gehen, wenn es nicht die Vernunft zu seinem Ratgeber wählt.<<

Der französische Historiker Jacques Bainville (1879-1936) schrieb später über den Versailler Friedensvertrag (x243/13): >>Der Friede ist mild, für das, was er an Härten enthält. ... Der Vertrag nimmt Deutschland alles, außer der Hauptsache, dem politischen Dasein als Staat. ... Und was die Leidenschaften angeht, ... so enthält der Friedensvertrag alles, wessen es bedarf, um (die Deutschen) aufs äußerste zu reizen. ...

Der Friedensvertrag hat die deutsche Einheit bewahrt. ... Darin liegt das, was wir seine Milde nannten. ...

Der Vertrag ... häuft Schwierigkeiten auf mit Deutschland ... (und) zwischen den Alliierten. ... Der Friedensvertrag hat uns nicht einmal in ... günstige Bedingungen versetzt, wenn wir Krieg führen müssen. ... Die Meinung der Heerführer, die eine strategische Grenze forderten, ist nicht berücksichtigt worden. ...<<

Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schrieb später über den Versailler Friedensvertrag (x191/32): >>Der Eindruck, den der Friedensvertrag macht, ist enttäuschend. ... Dieser Krieg wurde von den Vereinigten Staaten geführt, um für immer Zustände zu vernichten, die ihn hervorbrachten. Diese Zustände sind nicht zerstört worden. Andere Zustände, andere Bedingungen haben sie verdrängt, die nicht minder als jene den Haß, die Eifersucht, den Argwohn erwecken.<<

Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner (1887-1980, 1930-33 Mitglied des Reichstages, emigriert 1933 in die Schweiz) schrieb später über den Versailler Friedensvertrag (x321/8): >>Das Vertragswerk von Versailles war nur das Werkzeug zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. ... Das was nicht der Friede der 14 Punkte Wilsons, der mit der Note des amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 3. November 1918 feierlich zur Rechtsgrundlage der Friedensverhandlungen geworden war.

Im Vertrauen auf die Heiligkeit der Verträge hatte Deutschland damals die Waffen niedergelegt und die unerhört harten Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Jetzt sah es sich in seinem Vertrauen getäuscht, den Vorfriedensvertrag von den Siegermächten schnöde gebrochen und damit die zwischenstaatliche Ordnung für alle Zukunft erschüttert, Gewalt an die Stelle des Rechtes gesetzt.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später (am 30.07.1994) in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über den Versailler "Friedensvertrag" (x887/...):

>>Vor 80 Jahren begann der "Zweite Dreißigjährige Krieg" Europas

... Der Ausschluß Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten von den Pariser Frie-

den Konferenzen taugte für den Abschluß eines wirklichen Friedensvertrages ebenso wenig wie die diktatorische Zuweisung der Alleinschuld am Kriege. So qualifizierten Vertreter der Siegermächte freimütig den Versailler Vertrag als einen "Waffenstillstand für zwanzig Jahre", wie Marschall Foch am Vorabend der Unterzeichnung, bzw. "ein Diktat, in dem elf neue Kriege enthalten sind", wie der amerikanische Spitzendiplomat William C. Bullitt nach der Lektüre des 440 Artikel umfassenden Vertragswerkes meinte.

Nachdem dann im Sommer 1919 die Annahme des Versailler Vertrages durch Deutschland erfolgreich erzwungen werden konnte, setzten die Franzosen diese Politik der Nötigung auch in den nachfolgenden Jahren fort und ließen beispielsweise im Januar 1923 das Ruhrgebiet besetzen, als das Reich geringfügig in Verzug seiner Reparationszahlungen geraten war. Daß sich im Schatten dieser ... Siegerpolitik diesseits des Rheins eine radikale politische Kraft etabliert hatte, die im November desselben Jahres bereits nach der Staatsführung griff und in ihrem "Kampf gegen Versailles" über das Scheitern des November-Putsches hinaus eine bedrohliche Bewegung blieb, schien den Pariser Macht- und Revanche-Politikern weitgehend gleichgültig. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Oktober 2008) über Vertragsbedingungen von Versailles (x878/...): >>**Deutschland im Spiegel der Nachwelt (Ein Rückblick aus dem Jahre 3000 n. Chr.) ...**

Kriegsschuld, Angriffskrieg, Kriegsverbrechen

... Mit der Niederlage 1918 und den Vertragsbedingungen von Versailles 1919 waren bereits alle Würfel gegen Deutschland gefallen. Die Entente-Mächte taten alles, damit Deutschland niemals zu gleicher politisch-historischer Größe wie Großbritannien oder Frankreich würde aufsteigen können. Am liebsten hätten sie schon damals das Deutsche Reich, das ja erst knapp 50 Jahre bestand, wieder zerschlagen. Deutschland war als Nation, um ein Bild zu gebrauchen, gewissermaßen im Jünglingsalter gestoppt worden. Etwaige Entfaltungsmöglichkeiten wurden abgewürgt. (Von den Entente-Mächten war das auch so gemeint und ist in Deutschland so angekommen.)

Was dann nach 1918/1919 aus Deutschland kam, war ein Aufbegehren, die kleinbürgerliche Radikalisierung der Nazis, die alles nochmals mit unzulänglichen geistig-politischen und materiellen Mitteln auf eine Karte setzten und verloren. Das Bürgertum zog weitgehend mit, weil es den Nazis gelang, seine nationalen Ambitionen und Frustrationen zu bedienen. Der bürgerliche Ehrgeiz war noch da, auch wenn ihm die politischen Grundlagen und die Erfahrung fehlten. Gläubigkeit und/oder Treue ersetzen nun mal nicht den politischen Verstand. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 27. Juni 2009) über den Vertrag von Versailles (x887/...): >>**Waffenstillstand für 20 Jahre**

Vor 90 Jahren wurde der Vertrag von Versailles unterzeichnet

Gerne wird alles Unrecht und Unglück auf die "Machtergreifung" von 1933 in Deutschland zurückgeführt. Dabei wird die Bedeutung des Ersten Weltkrieges einschließlich der durch ihn in Versailles geschaffenen Friedensordnung geflissentlich übersehen.

"Ohne Versailles kein Hitler." Diese Kritik Martin Walsers an das den Ersten Weltkrieg beendende Friedensdiktat ist hart, aber gerecht. Geradezu prophetisch kritisierte der französische Marschall Ferdinand Foch nach dem Ersten Weltkrieg, Versailles sei weniger ein Frieden als ein "Waffenstillstand für 20 Jahre". Nicht zu widersprechen ist auch dem ebenfalls aus Frankreich stammenden Historiker Jacques Bainville, wenn er den den Deutschen in Versailles diktierten Frieden als "zu hart für einen milden Frieden" bezeichnete.

Andererseits hatte Bainville - aus machtpolitischer Sicht - auch Recht mit der Feststellung, daß Versailles "für einen Frieden der Härte zu weich" gewesen sei. Inwieweit der Vertrag von Versailles noch zu "weich" gewesen sein könnte, zeigt ein Vergleich mit der Behandlung

Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg: Den Deutschen verblieben 1919 immerhin Souveränität und staatliche Einheit.

Der Versailler Frieden war zu hart, als daß die Deutschen ihn als gerecht hätten akzeptieren können, aber er war zu weich, um sie längerfristig von einem Versuch der Revision abhalten zu können. Bis 1939 gelangen dabei beachtliche Teilerfolge. In diesem Zusammenhang wird den Siegermächten zu Recht vorgeworfen, dem Dritten Reich zu weit entgegengekommen zu sein. Dabei lag der fatale Fehler der westeuropäischen Großmächte nicht darin, Forderungen, die aus dem Recht der Deutschen auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung resultierten, entgegengekommen zu sein, sondern darin, dies erst Hitler gegenüber und nicht schon zur Zeit der Weimarer Demokratie getan zu haben.

Damit diskreditierten sie Deutschlands demokratische Politiker, die aus Sympathie für das politische System des Westens die Westmächte durch eine Politik größtmöglicher Erfüllung der maßlosen Bedingungen von Versailles kulant stimmen wollten.

In diesem Zusammenhang sind aber auch die deutschen Politiker der Weimarer Koalition nicht frei von Verantwortung für das Scheitern der Demokratie. Durch eine zu starke Fixierung auf die Erfüllungspolitik trieben sie deren Gegner in die Hände der nicht am Westen orientierten extremen Parteien - übrigens auch der Kommunisten.

Wenn bundesrepublikanische Geschichtspolitiker wie Hans Mommsen den kausalen Zusammenhang zwischen dem von den ehemaligen Besatzungsmächten und heutigen Freunden der Bundesrepublik verfaßten Versailler Vertrag und der "Machtergreifung" auch bestreiten, so ist doch immerhin der Zusammenhang zwischen Weltwirtschaftskrise und dem Ende Weimars Konsens. Diese Krise ging von den Vereinigten Staaten von Amerika aus und traf vor allem deshalb Deutschland so schwer, weil US-Gläubiger ihre meist kurzfristigen Kredite schlagartig kündigten und Unsummen aus der deutschen Wirtschaft herauszogen.

Hauptgrund dieser Kredite wiederum war aber der gravierende Kapitalmangel in Deutschland infolge der immensen Reparationsverpflichtungen (und auch Exportbehinderungen) durch den Versailler Vertrag. Und da schließt sich der Kreis. Der kausale Zusammenhang zwischen Versailles und Hitler ist zwar eben leugbar, aber nicht wegzudiskutieren.

Zeitzeugen

Woodrow Wilson - Der US-amerikanische Präsident von 1913 bis 1921 hatte einen Verständigungsfrieden auf Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker vorgeschlagen. Um die deutschfeindlicheren europäischen Verbündeten der USA für seine Idee vom Völkerbund, die Vorgängerorganisation der Vereinten Nationen, zu gewinnen, fand er sich jedoch zu weitgehenden Abstrichen von seinem auf Ausgleich abzielenden Friedenskonzept bereit.

Georges Clemenceau - Der deutschfeindliche Ministerpräsident Frankreichs von 1906 bis 1909 sowie von 1917 bis 1920 prägte das Versailler Diktat wie kein anderer. Sein primäres Ziel bei den alliierten Vertragsverhandlungen war es, Deutschland maximal zu schwächen und zu schädigen.

Philipp Scheidemann - Der deutsche Ministerpräsident der Gründungsphase der Weimarer Republik deckte die Weigerung seines Außenministers Brockdorff-Rantzau, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen. Von dem Sozialdemokraten stammt das berühmte Wort: "Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legt? Der Vertrag ist unannehmbar."<<

David Lloyd George - Der britische Premier von 1916 bis 1922 teilte nicht den fanatischen Haß seines französischen Amtskollegen auf Deutschland. Seine Ziele beschränkten sich darauf, den Verlierer als Konkurrenten auf den Weltmärkten "zusammenzustutzen" und möglichst viel Geld aus dem Land zu ziehen, ohne es aber in die Arme des Sowjetstaates zu treiben. Später vertrat er statt des Versailler Kriegsschuldartikels die These, daß Europa in den Ersten Weltkrieg hineingeschlittert sei.

Martin Walser - Der 1927 geborene Schriftsteller ist immer wieder für einen Tabubruch gut. Auf Einladung des Bundeskanzlers hielt er am 8. Mai 2002 in Berlin eine Rede, in der er den kausalen Zusammenhang zwischen Versailles und Hitler ansprach - was früher noch als "Binsenweisheit" gegolten hätte, erfordert heute Mut. Er stellte damit auch die verbreitete Sichtweise von der deutschen Alleinschuld an der NS-Herrschaft in Frage.<<